



Vereinte Nationen

**Bericht des Generalsekretärs
über die Tätigkeit der
Vereinten Nationen**

Generalversammlung

**Offizielles Protokoll • Dreiundfünfzigste Tagung
Beilage 1 (A/53/1)**

Generalversammlung
Offizielles Protokoll • Dreiundfünfzigste Tagung
Beilage 1 (A/53/1)

Bericht des Generalsekretärs
über die Tätigkeit der
Vereinten Nationen

Vereinte Nationen • New York 1998

ISSN 0252-0044

	Inhalt		
		<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
	Einleitung	1 - 16	1
I.	Herbeiführung von Frieden und Sicherheit	17 - 72	4
	Konfliktverhütung.....	25 - 30	4
	Diplomatie.....	31 - 42	5
	Vorbeugende Einsätze	43 - 44	6
	Abrüstung	45 - 55	7
	Friedenssicherung.....	56 - 61	8
	Sanktionen.....	62 - 64	8
	Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit	65 - 69	9
	Komplementäre Strategien.....	70 - 72	10
II.	Entwicklungszusammenarbeit	73 - 121	11
	Beseitigung der Armut	84 - 91	12
	Soziale Entwicklung	92 - 105	13
	Bestandfähige Entwicklung	106 - 109	15
	Förderung von Investitionen und Wachstum.....	110 - 113	15
	Unterstützung einer guten Staatsführung.....	114 - 121	16
III.	Erfüllung der humanitären Verpflichtungen	122 - 146	18
	Koordinierung der humanitären Maßnahmen.....	126 - 135	18
	Erbringung humanitärer Dienste	136 - 141	19
	Flüchtlingshilfe	142 - 146	20
IV.	Auseinandersetzung mit der Globalisierung	147 - 168	22
	Die wirtschaftliche Dimension.....	149 - 153	22
	Die Umweltdimension.....	154 - 162	23
	Die "unzivilisierte" Gesellschaft	163 - 168	24
V.	Stärkung der internationalen Rechtsordnung	169 - 183	25
	Das System der Menschenrechte	171 - 175	25
	Die internationalen Strafgerichte	176 - 179	25
	Der Internationale Strafgerichtshof.....	180 - 183	26
VI.	Steuerung des Wandels	184 - 226	27
	Eine Kultur der Kommunikation schaffen.....	185 - 193	27
	Verwaltung und Management.....	194 - 201	28
	Rechtsangelegenheiten	202 - 211	29
	Projektdienste	212 - 216	30
	Rechenschaftspflicht und Aufsicht	217 - 226	31
VII.	Schluß	227 - 236	33

Einleitung

1. Fast ein Jahrzehnt ist seit dem Ende des Kalten Krieges bereits vergangen, und dennoch werden die Konturen der neuen Ära noch immer nur ansatzweise verstanden. Große wie kleine Nationen sind bemüht, sich mit neuen Aufgaben und neuen Zwängen zurechtzufinden. Unvorhersehbare und überraschende Ereignisse sind nahezu an der Tagesordnung. Die neuen Aufgaben, welche die multilateralen Organisationen möglicherweise wahrzunehmen haben werden, sowie allgemeiner noch ihr Platz in der internationalen Gemeinschaft, erzeugen Ungewißheit und in manchen Fällen sogar Angst. In der Tat suchen die Völker der Vereinten Nationen, in deren Namen die Charta verfaßt ist, nach neuen Möglichkeiten, wie sie ihre Einigkeit als Völkergemeinschaft trotz aller sie trennenden Gebräuche und Überzeugungen, Machtpositionen und Interessen zum Ausdruck bringen können.

2. Trotz der außerordentlichen Errungenschaften des Multilateralismus in den letzten fünfzig Jahren bleiben noch immer zu viele Stimmen ungehört, gibt es nach wie vor zu viel Leid und werden zu viele zusätzliche Chancen für die Verbesserung des Loses der Menschen vertan, als daß wir uns damit zufriedengeben dürften, wie die Dinge heute stehen. Diese noch nicht erfüllten Herausforderungen müssen auf der Agenda der Vereinten Nationen auch weiterhin ganz oben stehen. Die Millenniums-Generalversammlung im September 2000 bietet den führenden Politikern der Welt eine einmalige Gelegenheit, den Blick weiter zu richten als nur auf die dringendsten täglichen Anliegen und zu überlegen, welche Gestalt die Vereinten Nationen in dem neuen Jahrhundert annehmen könnten und welche Unterstützung sie ihnen gewähren werden.

3. Um diese Beratungen zu erleichtern, beabsichtige ich, der Millenniums-Generalversammlung einen Bericht zu unterbreiten, in dem ich den Mitgliedstaaten einen Katalog durchführbarer Zielsetzungen und institutioneller Mittel vorschlage, die es den Vereinten Nationen gestatten werden, in den vor uns liegenden Jahren den Herausforderungen zu begegnen, die die zwischenmenschliche Solidarität an uns stellt. In diesen Bericht werden die Ergebnisse mehrerer Überprüfungen Eingang finden, die bis dahin im Folgeprozeß jüngster Konferenzen der Vereinten Nationen stattfinden sollen. Darüber hinaus wird er auch von der Vielfalt der Auffassungen und Bestrebungen profitieren, die auf einer Reihe von weltweiten und regionalen Anhörungen und Seminaren – weltweiten Bürgerversammlungen sozusagen – zum Ausdruck gebracht werden, deren Einberufung ich plane und die auch zahlreiche Regierungen, Akteure der Zivilgesellschaft und andere Gruppen zur Zeit durchführen.

4. Die "stille Revolution" der institutionellen Reformen, die ich im letzten Jahr eingeleitet habe, sollte einen in mancher Hinsicht durch die Auswirkungen des Kalten Krieges und der Nord-Süd-Konfrontation schwerfällig gewordenen und eingerosteten organisatorischen Apparat neu beleben und ihn besser auf den äußerst komplexen,

immer stärker verflochtenen und weitausunbeständigeren Kontext der neuen Ära einstellen. Ich kann mit einiger Genugtuung sagen, daß der Verband der Vereinten Nationen heute mit größerer Geschlossenheit in der Zielverfolgung und mehr Kohärenz bei der Maßnahmensetzung handelt als vor einem Jahr. Am stärksten ausgeprägt ist die neue Teamarbeit im Sekretariat und in seinen Beziehungen mit den Programmen und Fonds.

5. Das Arbeitsprogramm wurde in vier Kernbereiche aufgeteilt: Frieden und Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit, internationale wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten und humanitäre Angelegenheiten und, fünftens, Menschenrechte, die zum Querschnittsthema erklärt worden sind. In jedem dieser Zentralbereiche steuert inzwischen ein Exekutivausschuß die Auseinandersetzung mit gemeinsamen, übergreifenden und sich überschneidenden Grundsatzfragen.

6. Zur Integration der Arbeit der Exekutivausschüsse und zur Behandlung von Angelegenheiten, die die gesamte Organisation betreffen, wurde als eine Art Kabinett eine Hochrangige Managementgruppe eingerichtet, der die Führungsspitzen der verschiedenen Amtssitze der Vereinten Nationen angehören. Wenn diese Gruppe zu ihrer allwöchentlichen Sitzung zusammentritt, sind ihre in Genf, Wien, Nairobi und Rom ansässigen Mitglieder über Telekonferenzeinrichtungen vertreten. Eine ebenfalls neu gegründete Strategische Planungsgruppe soll die Managementgruppe in die Lage versetzen, einzelne Fragen auf ihrer Tagesordnung in einem weitergefaßten und längerfristigen Bezugsrahmen zu behandeln. Die Mitgliedstaaten billigten meine Empfehlung zur Schaffung der Position eines Stellvertretenden Generalsekretärs; in den wenigen Monaten seit ihrem Amtsantritt hat Louise Frechette (Kanada) überzeugend bewiesen, welche entscheidende Bedeutung dieser Position für die Verstärkung der Leitungs- und Managementkapazität des Sekretariats zukommt.

7. Das Sekretariat selbst wurde durch die Zusammenlegung und Abschaffung von Organisationseinheiten gestrafft; durch die Streichung von nahezu tausend Stellen wurde der Personalbestand auf unter 9.000 gesenkt, und im Haushalt wurden Kürzungen vorgenommen, so daß dieser nun unter dem des vorangegangenen Zweijahreszeitraums liegt. Eine zu Beginn dieses Jahres von mir einberufene Arbeitsgruppe für Personalmanagement hat mir soeben ihren Bericht vorgelegt; ich werde auf ihre Empfehlungen rasch und entschlossen reagieren.

8. Im gesamten System der Vereinten Nationen, unter Einschluß der Bretton-Woods-Institutionen, wurden mit Hilfe des Verwaltungsausschusses für Koordinierung vermehrt produktive Arbeitsbeziehungen hergestellt bzw. vertieft, soweit solche bereits existierten. Mehrere konkrete Fälle sind in diesem Bericht dokumentiert.

9. In meinem Reformprogramm habe ich außerdem empfohlen, daß die Mitgliedstaaten eine Reihe von institutionellen Praktiken verbessern oder reformieren sollten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Im wesentlichen hat die Generalversammlung beschlossen, die Behandlung dieser Fragen zurückzustellen oder sie auf der dreiundfünfzigsten Tagung fortzusetzen. So steht noch die Billigung des Vorschlags aus, alle neuen Mandate zeitlich genau zu befristen, ein relativ einfaches Verfahren, das die Wirksamkeit der Programmtätigkeiten und die von der Generalversammlung selbst wahrgenommene Aufsichtsfunktion erheblich verbessern würde. Der Vorschlag zur Schaffung eines ergebnisorientierten Haushaltssystems wird ebenfalls noch geprüft. Diese Initiative ist von allergrößter Wichtigkeit, weil sie wie keine andere Maßnahme zur Erhöhung der Rechenschaftspflicht und der Effizienz der Organisation beitragen würde. Die Mitgliedstaaten setzen sich zur Zeit außerdem auch noch mit den Einzelheiten des vorgeschlagenen Entwicklungskontos auseinander, eines Instruments, mit dessen Hilfe Einsparungen aufgrund von Effizienzsteigerungen im administrativen Bereich in innovative Entwicklungsprojekte investiert würden.

10. Zuletzt habe ich als Teil der Bemühungen zur Neubelebung der Vereinten Nationen besondere Anstrengungen unternommen, um mit der internationalen Geschäftswelt einen für beide Seiten nützlichen Dialog aufzunehmen. Die Geschäftswelt hat ein Interesse an der "weichen" Infrastruktur, die das System der Vereinten Nationen schafft – den Regeln, Normen und besten Verfahrensweisen, von denen der reibungslose Ablauf internationaler Transaktionen abhängt. Darüber hinaus weiß die Geschäftswelt es immer mehr zu schätzen, daß die Tätigkeit der Vereinten Nationen zugunsten des Friedens, der Menschenrechte und der Entwicklung mit dazu beiträgt, jene stabilen Grundlagen zu schaffen, die im Interesse erweiterter Chancen in ihrem eigenen Bereich gegeben sein müssen. Die Vereinten Nationen wiederum wissen es zu schätzen, daß die Geschäftswelt über das Kapital, die Technologien und das Fachwissen verfügt, die notwendig sind, um das wirtschaftliche Wachstum zu beleben, und wissen auch, daß sie mit der von ihr vertretenen Haltung und ihrer Kooperationsbereitschaft die Aussichten einer Vielzahl anderer Zielsetzungen entscheidend beeinflussen kann. Die Ausgangsbasis dieses Dialogs ist demnach meine Überzeugung, daß die Ausweitung der Märkte und die Sicherheit des Menschen Hand in Hand gehen können und sollten.

11. Die Zusammenarbeit mit der Geschäftswelt entspricht den seit langem bestehenden, immer engeren Arbeitsbeziehungen, die die Vereinten Nationen mit den nichtstaatlichen Organisationen unterhalten. Ob auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Umwelt, der Entwicklung, der humanitären Hilfe oder der Rüstungsbegrenzung sind die nichtstaatlichen Organisationen unverzichtbare Partner bei den Bemühungen der Vereinten Nationen auf Landesebene, und in manchen Fällen selbst auf grundsatzpolitischer Ebene. Kurz, die Vereinten Nationen sind

zugleich Zeuge des Entstehens einer globalen Zivilgesellschaft und wirken selbst daran mit.

12. Nicht lange, nachdem ich der Generalversammlung im Sommer 1997 meine Reformagenda vorgeschlagen hatte, kündigte Ted Turner, der Ko-Vorstandsvorsitzende der Time Warner Inc., seine außerordentliche Schenkung von 1 Milliarde US-Dollar zur Unterstützung von Programmen der Vereinten Nationen an. Nie zuvor in der Geschichte der Philanthropie war für diesen oder einen anderen Zweck eine einzelne Schenkung dieser Größenordnung gemacht worden. Die erforderlichen institutionellen Vorkehrungen für die Verwaltung dieser Schenkung sind nunmehr getroffen, und die Zuteilung des ersten Pakets von Zuschüssen in einer Höhe von insgesamt etwa 22 Millionen Dollar wurde vorgenommen. Bei der Mehrzahl der in dieser ersten Runde finanzierten Projekte handelt es sich um Projekte auf den Gebieten Gesundheit von Kindern, Familienplanung und reproduktive Gesundheit sowie Umwelt- und Klimaänderungen. Im Rahmen des Sekretariats wurde der Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften eingerichtet, der die Zuschußzuteilung verwalten und sicherstellen soll, daß sie auch in Zukunft voll mit den Prioritäten der Organisation in Einklang steht.

13. Diese beispiellos großzügige Geste stellt den Vereinten Nationen nicht nur neue und zusätzliche Mittel für ihre Tätigkeit zugunsten der schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen der Welt und der fragilen lebenserhaltenden Systeme unseres Planeten zur Verfügung, sie ist auch Ausdruck eines gänzlich neuen Phänomens: des aufkeimenden Gefühls, Bürger der Welt zu sein und globale Verantwortung zu tragen.

14. Ein weiteres Zeichen für den auf der Weltbühne stattfindenden Wandel war im vergangenen Jahr auch der Abschluß der Verhandlungen über das Übereinkommen über das Verbot von Antipersonenminen sowie über das Statut des Internationalen Gerichtshofs. In beiden Fällen führten die Regierungen die eigentlichen Verhandlungen, und Gruppen sogenannter "gleichgesinnter Staaten" ermöglichten durch die von ihnen gewährte grundlegende Unterstützung die Annahme dieser Rechtsinstrumente. In beiden Fällen kam in gänzlich neuer Form die Macht des einfachen Menschen zum Ausdruck: Einzelne und Gruppen, beflügelt durch humanitäre und Menschenrechtsanliegen, verbunden durch das Internet und unterstützt durch die öffentliche Meinung in der ganzen Welt.

15. Eine der größten Herausforderungen, der wir uns als Staatengemeinschaft gegenübersehen, besteht darin, die neuen sozioökonomischen Kräfte und Formen der Globalisierung besser zu verstehen, sie so zu gestalten, daß sie unseren Bedürfnissen dienen, und ihren schädlichen Folgen wirksam entgegenzutreten. Es wird heutzutage häufig gesagt, daß die Welt ein Dorf geworden sei. Wenn dieses Dorf für uns alle auf diesem Planeten wirklich ein angenehmer Ort sein soll, dann muß es von dem umfassenderen Rahmen gemeinsamer Wertvorstellungen und Grundsätze umschlossen sein und Halt bekommen, dann muß es in gestärkter und berechenbarer Weise seine

Überwachungs- und Sicherheitsfunktionen wahrnehmen und sonstige öffentliche Güter bereitstellen und dann muß gewissermaßen eine Brücke geschlagen werden zwischen

dem Dow-Jones-Aktienindex und dem Index der menschlichen Entwicklung.

16. Keine Organisation in der Welt ist besser geeignet, einen Beitrag zu diesen Zielen zu leisten als die Vereinten Nationen, da keine über eine Reichweite und Legitimität verfügt, die der ihren vergleichbar ist; wenn wir jedoch weiter voranschreiten wollen, müssen wir alten Ballast abwerfen und neue Leitvorstellungen und Wege ersinnen,

um diese Ziele zu erreichen. Wir haben die ersten entscheidenden Schritte in diesem Wandlungsprozeß getan, aber es liegt noch eine weite Strecke vor uns, bis wir eine wahrhaft effektive Organisation des 21. Jahrhunderts geworden sind. In den zwei Jahren bis zur Millenniums-Generalversammlung werde ich die Auffassungen der Mitgliedstaaten, der Akteure der Zivilgesellschaft und anderer interessierter Gruppen und Einzelpersonen darüber einholen, welchen Weg wir beschreiten sollten, um zu diesem Ziel zu gelangen.

I

Herbeiführung von Frieden und Sicherheit

17. In den vergangenen zwölf Monaten blieb die Welt glücklicherweise von großräumigen regionalen Konflikten verschont. Viele örtlich begrenzte Kriege dauerten jedoch an, und es sind neue ausgebrochen, darunter zum ersten Mal in diesem Jahrzehnt ein Krieg zwischen zwei Nachbarstaaten, nämlich Äthiopien und Eritrea, um Gebietsansprüche. Die internationale Gemeinschaft konnte zwar einige wichtige Erfolge verzeichnen, wie beispielsweise die Wiedereinsetzung der demokratisch gewählten Regierung in Sierra Leone, doch ist der Frieden in vielen Teilen der Welt nach wie vor nicht stabil. Darüber hinaus zeigen Friedensprozesse in mehreren Regionen, so auch einige, für die die Vereinten Nationen über lange Zeit hinweg umfangreiche Ressourcen aufgewendet haben, bedenkliche Auflösungserscheinungen.

18. Sorge bereiten vor allem die mangelnden Fortschritte im Nahost-Friedensprozeß; die Unruhen in Afghanistan; die Eskalation der Gewalt im Kosovo (Bundesrepublik Jugoslawien); der im Sudan wütende Bürgerkrieg; die anhaltende Instabilität und Gewalt in der Demokratischen Republik Kongo und im übrigen ostafrikanischen Zwischenseengebiet sowie das Wiederaufflammen des Bürgerkriegs in Angola. Unsere Bemühungen in Angola erlitten einen schweren Rückschlag, als mein Sonderbeauftragter, Alioune Blondin Beye, und sieben weitere Personen bei einem tragischen Flugzeugabsturz am 26. Juni 1998 ums Leben kamen. Auch die zunehmenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan wegen Kaschmir und anderer Fragen geben großen Anlaß zur Sorge, ebenso wie die Pattsituation im Friedensprozeß in Zypern.

19. Der Abschluß des Übereinkommens von Ottawa über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung Ende 1997 war eine beispiellose Leistung. Bis zum 31. Juli 1998 war das Übereinkommen von 128 Ländern unterzeichnet und von 30 ratifiziert worden. Es wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres in Kraft treten. Mehrere wichtige Staaten sehen sich jedoch noch außerstande, es zu unterzeichnen, und die Kombattanten mehrerer Kriege setzen diese barbarischen Waffen nach wie vor ein. Selbst dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, liegen noch immer Millionen von Minen, die in früheren Jahren verlegt worden waren. Sie werden noch jahrzehntelang unschuldige Männer, Frauen und Kinder töten oder verstümmeln.

20. Desgleichen hat das im Juli in Rom verabschiedete Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, ein Meilenstein auf dem langen, steinigen Weg zur Bestrafung und Verhinderung von Kriegsverbrechen, noch nicht weltweite Akzeptanz erlangt. Selbst im günstigsten Fall wird es noch einige Jahre dauern, bis der Gerichtshof mit der Wahrnehmung seiner Aufgaben beginnen kann. In-

zwischen gehen aus vielen Teilen der Welt weiterhin Meldungen über beklagenswerte Akte der Brutalität ein, deren Täter nur allzu oft ungestraft bleiben.

21. Auch die Gefahr der Auslöschung der Menschheit durch einen Atomkrieg ist noch nicht gebannt. Wir befinden uns nachgerade an einem entscheidenden Punkt in der Geschichte der Anstrengungen zur Verminderung dieser Gefahr. Die Erfolge der vergangenen Jahre, wie die unbefristete Verlängerung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und die Unterzeichnung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen, wurden dieses Jahr durch den Beschluß von zwei Nicht-Unterzeichnerstaaten, nämlich Indien und Pakistan, unterirdische Nuklearversuche durchzuführen, in Frage gestellt. Dadurch haben sich die Spannungen zwischen diesen beiden Ländern verschärft, und die Welt wurde auf deprimierende Weise daran erinnert, daß die Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht als gegeben angesehen werden kann.

22. Kaum weniger beunruhigend ist die von chemischen und biologischen Waffen ausgehende Bedrohung. In diesem Zusammenhang kann ich erfreulicherweise berichten, daß im vergangenen Jahr weitere Staaten auf die Entwicklung und den Einsatz chemischer Waffen verzichtet haben, während das Übereinkommen über das Verbot biologischer Waffen allmählich durch die Anstrengungen zur Ausarbeitung eines Verifikationsprotokolls gestärkt wird. Doch stellt die Tatsache, daß einige Staaten solche Waffen möglicherweise heimlich lagern oder entwickeln, nach wie vor eine ernste Bedrohung des Weltfriedens dar.

23. Im Februar hielt die Welt den Atem an, als Irak allem Anschein nach entschlossen war, die Einhaltung seiner Abrüstungsverpflichtungen zu verweigern, und sich einige Mitgliedstaaten auf einen militärischen Einsatz zu ihrer Durchsetzung vorbereiteten. Ein Krieg wurde nur durch rechtzeitige Kollektivmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft abgewendet.

24. Die Vereinbarung, die der Stellvertretende Ministerpräsident Iraks, Tariq Aziz, und ich am 23. Februar 1998 unterzeichnet haben, war ein eindrucksvolles Beispiel vorbeugender Diplomatie. Wenn sie voll umgesetzt würde, wäre dies ein wertvoller Präzedenzfall, der beweisen würde, daß die Weltgemeinschaft durch gemeinsames Vorgehen einen Konflikt tatsächlich verhüten kann, wie dies den Gründern der Vereinten Nationen vorschwebte. Leider ist die Situation in Irak allem Anschein nach von einer Lösung noch immer weit entfernt.

Konfliktverhütung

1. Herbeiführung von Frieden und Sicherheit

25. In Artikel I der Charta der Vereinten Nationen werden Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen. Die Vereinten Nationen sollten sich daher unter anderem fest zur Konfliktverhütung verpflichten. Trotzdem wird noch immer zu wenig Nachdruck auf vorbeugende Maßnahmen gelegt und werden statt dessen große Beträge für Maßnahmen zur "Behebung" von Konflikten aufgebracht, wenn es für viele Opfer bereits zu spät ist.

26. Die Verhütung der Eskalation eines potentiellen Konflikts über die Gewaltschwelle hinaus erfordert eine frühzeitige Warnung vor potentiellen Krisensituationen, entsprechende Analysen, eine umfassende Präventionsstrategie sowie den politischen Willen und die Mittel, die zur Durchführung dieser Strategie erforderlich sind.

27. In einigen Fällen werden wirksame Maßnahmen zur Verhütung von Konflikten gerade dadurch verhindert, daß das Hauptaugenmerk bislang auf die von außen herantretenden Bedrohungen der Sicherheit eines Staates gerichtet war. Heute sind wir uns dessen bewußt, daß auch viele andere Bedrohungen der menschlichen Sicherheit, wie beispielsweise Naturkatastrophen, Spannungen zwischen Volksgruppen und Menschenrechtsverletzungen, Konflikte hervorrufen können. Darüber hinaus muß der enge Zusammenhang berücksichtigt werden, der zwischen sozialer Gerechtigkeit, materiellem Wohlstand und Frieden besteht, wenn Maßnahmen so frühzeitig ansetzen sollen, daß lokale Konflikte nicht eskalieren und auf die internationale Bühne übergreifen.

28. Bei ihrer Tätigkeit auf Feldebene haben sich die Vereinten Nationen bereits ein neues, ganzheitliches Sicherheitskonzept zu eigen gemacht. Sie haben schrittweise immer umfassendere und besser integrierte Anstrengungen zur Armutsminderung und zur Förderung der Entwicklung und der Demokratisierung – einschließlich Wahlhilfe und Aufklärung über die Rolle des Bürgers im Staat – unternommen. Alle diese Anstrengungen können als vorbeugende Friedenskonsolidierung bezeichnet werden, da sie die Grundursachen vieler Konflikte angehen.

29. Wenn also die Sicherheit der Menschen unter anderem auch durch die wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Voraussetzungen für ihr Wohlergehen und für Stabilität bestimmt wird, sollte dann nicht auch die Rolle des Sicherheitsrats ausgeweitet werden? Kann der Rat ernsthaft hoffen, daß die Konfliktverhütung zur Regel wird, statt die Ausnahme zu bleiben, wenn er sich nicht mit der gleichen Energie und Ernsthaftigkeit mit den den Frieden und die Sicherheit beeinflussenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen befaßt wie mit den politischen? Ein solcher Ansatz würde neue Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Sicherheitsrat, der Generalversammlung und dem Wirtschafts- und Sozialrat sowie zwischen allen Organen der Vereinten Nationen und den Mitgliedstaaten voraussetzen.

30. Die Charta enthält eine ruhende Bestimmung, wonach der Wirtschafts- und Sozialrat dem Sicherheitsrat Auskünfte erteilen und ihn auf dessen Ersuchen unterstützen kann (Artikel 65). Da der Sicherheitsrat in zu-

wirksame Kollektivmaßnahmen gefordert, um nehmendem Maße gefordert ist, sich mit wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Krisen zu befassen, die die weltweite Sicherheit bedrohen, könnte er erwägen, sich diesen Mechanismus zunutze zu machen. Dadurch könnte die Kommunikation und Koordinierung zwischen denjenigen Organen der Vereinten Nationen verbessert werden, die sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Angelegenheiten befassen.

Diplomatie

31. Die Diplomatie steht bei praktisch allem, was die Vereinten Nationen tun, so sehr im Mittelpunkt, daß ihr konkreter Beitrag manchmal übersehen wird. Dies gilt insbesondere für die erfolgreiche vorbeugende Diplomatie. Ein ehemaliger Untergeneralsekretär bemerkte einmal auf die Frage eines Fernsehproduzenten, wo er denn einen Film über Konfliktverhütung drehen könne, "wenn Sie es filmen können, hat es vermutlich nicht geklappt". Tatsächlich rückt ein Ereignis oft erst dann in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, wenn sich der Konflikt schon verhärtet hat; dadurch wird ein Kompromiß oft erschwert, da die führenden Politiker befürchten, daß öffentliche Zugeständnisse von den Gegnern als Schwäche und von den Verbündeten als Verrat ausgelegt würden. Manchmal bleibt jedoch keine andere Wahl. Meine Reise nach Bagdad im Februar 1998 war zweifellos ein Beispiel für vorbeugende Diplomatie, doch hätte ich sie niemals unbemerkt durchführen können.

32. Im vergangenen Jahr haben sich die Vereinten Nationen des öfteren unter schwierigen, manchmal gefährlichen Bedingungen in der viel Fingerspitzengefühl erfordernden Diplomatie zur Friedensschaffung engagiert, bei der Erfolge auf dem Gebiet der Konfliktverhütung meist unbemerkt bleiben. Ich habe herausragende, hochqualifizierte Diplomaten aus der internationalen Gemeinschaft und aus den Vereinten Nationen zu meinen persönlichen Beauftragten in Situationen tatsächlicher oder potentieller Konflikte ernannt. Ihre Aufgaben reichten von der Sammlung von Informationen bis hin zur Vermittlung.

33. Während VN-Missionen bemerkenswerte Erfolge beschieden waren, gibt es natürlich einige Konflikte, in denen die Feindseligkeit so groß ist und das Mißtrauen so tief sitzt, daß trotz aller diplomatischen Anstrengungen kein Durchbruch erzielt werden kann. Dies war im vergangenen Jahr in Afghanistan der Fall. Trotz der in New York abgehaltenen Tagungen der Gruppe von acht betroffenen Ländern und der Anstrengungen, die die Sondermission der Vereinten Nationen in Afghanistan nach besten Kräften unternommen hat, verfolgen die kriegführenden afghanischen Parteien unter großen humanitären Kosten nach wie vor die militärische Option. Sie weigern sich außerdem, an einem sinnvollen Dialog mitzuwirken. In dieser Haltung werden sie bedauerlicherweise von ausländischen Mächten unterstützt und bestärkt.

34. Viele der heikelsten und schwierigsten diplomatischen Initiativen der Vereinten Nationen des vergangenen Jahres fanden in den Problemregionen Afrikas statt. Im

Mai forderte ich die politische Führung in Burundi und Ruanda angesichts der fortdauernden Gewalt im ostafrikanischen Zwischenseengebiet nachdrücklich auf, sich verstärkt um die Herbeiführung eines tragfähigen Friedens, der nationalen Einheit und der Achtung der Menschenrechte zu bemühen.

35. Anfang dieses Jahres mußte ich die Ermittlungsgruppe der Vereinten Nationen wegen der hartnäckigen Verweigerung der Zusammenarbeit und der ständigen Drangsalierungen durch die Behörden aus der Demokratischen Republik Kongo abziehen. Ich habe die Regierungen der Region anschließend aufgefordert, die Feststellungen der Gruppe zur Kenntnis zu nehmen, in denen unter anderem die Möglichkeit aufgeworfen wird, daß es sich bei einigen der berichteten Menschenrechtsverletzungen um Völkermord gehandelt haben könnte. Außerdem wies ich darauf hin, daß es erheblicher internationaler Unterstützung bedarf, um die Region stabilisieren zu helfen.

36. Die Vereinten Nationen haben das ganze Jahr hindurch den Vermittler für Burundi, Mwalimu Julius Nyerere, unterstützt, und dank der Einrichtung des Büros meines Beauftragten in Nairobi wird die Organisation gleichzeitig besser in der Lage sein, in der gesamten Sub-region vorbeugende Maßnahmen durchzuführen.

37. Was die strittige Osttimor-Frage betrifft, so wurden im Laufe des vergangenen Jahres echte Fortschritte erzielt, als es bei dem Treffen der Außenminister Indo-nesiens und Portugals, das ich im August in New York einberufen hatte, zu einem wichtigen Durchbruch kam. Zum ersten Mal seit 1975 besteht Hoffnung auf eine ein-vernehmliche Beilegung des Konflikts zwischen den Ost-timorese und Indonesien.

38. Anfang dieses Jahres wurde ein neues Politisches Büro der Vereinten Nationen auf Bougainville eingerichtet; es handelte sich dabei um die erste politische Mission der Vereinten Nationen im Südpazifik. Die stille Diplomatie zur Friedensschaffung wurde im vergangenen Jahr auch im Nahen Osten, in Südasiens, in Angola, Kambodscha, Somalia, Westsahara und Zypern verfolgt.

39. Das größte Fingerspitzengefühl erfordert wohl die vorbeugende Diplomatie, die sich darum bemüht, eine Aussöhnung zwischen antagonistischen politischen Kräften in einem Land herbeizuführen, um so einen Konflikt zu verhüten oder beizulegen, der im Fall einer Eskalierung mit der Zeit zu einer unmittelbaren Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit werden könnte. Dies war der Zweck der Mission, die mich Ende Juni nach Nigeria führte. In solchen Fällen ist eine Einladung der Regierung des jeweiligen Mitgliedstaats eine unabdingbare Voraussetzung für unser Tätigwerden.

40. Eine weitere heikle Aufgabe hatte die Gruppe namhafter Persönlichkeiten, die im Juli und August auf mein Ersuchen hin nach Algerien gereist war, um Informationen einzuholen. Diese Mission erfolgte auf Einladung der Regierung Algeriens.

41. Da Konflikte gewöhnlich regionale oder lokale Ursachen haben, bin ich der Ansicht, daß die Regionalorganisationen für eine tragende Rolle bei der Frühwarnung und der vorbeugenden Diplomatie besonders geeignet sind. Daher bin ich im Geiste des Kapitels VIII der Charta bestrebt, zwischen diesen Organisationen und den Vereinten Nationen eine echte Partnerschaft mit einer strafferen und kostenwirksameren Arbeitsteilung aufzubauen. In diesem Jahr habe ich am Amtssitz der Organisation der afrikanischen Einheit in Addis Abeba ein Verbindungsbüro der Vereinten Nationen eingerichtet. Außerdem haben wir unsere Verbindungen mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa weiter konsolidiert. Im Juli habe ich die Leiter der Regionalorganisationen zu einem Treffen nach New York eingeladen, um zu erörtern, welche konkreten Maßnahmen wir zur Verbesserung unserer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Konfliktverhütung ergreifen können.

42. Die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit den regionalen und subregionalen Organisationen veranschaulicht auch den engen Zusammenhang zwischen Friedenskonsolidierung, Entwicklung und Abrüstung. Die Vereinten Nationen waren den Mitgliedern des Ständigen beratenden Ausschusses der Vereinten Nationen für Sicherheitsfragen in Zentralafrika bei ihren Bemühungen um die Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit in dieser Subregion behilflich. Darüber hinaus bildete das Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Asien und im Pazifik ein wertvolles Forum für Tagungen über regionale vertrauen- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Ich vertraue darauf, daß der vor kurzem gefaßte Beschluß, die Regionalzentren in Lomé und Lima zu stärken, in ganz Afrika und Lateinamerika zu ähnlichen Aktivitäten führen wird.

Vorbeugende Einsätze

43. Die Friedenssicherung kann ein wertvolles Instrument zur Konfliktverhütung sein. Allerdings werden Friedenssicherungstruppen im allgemeinen erst nach Ausbruch eines Konflikts oder während eines solchen, meist im Rahmen einer Waffenruhevereinbarung, disloziert. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, ein Wiederaufflammen der Gewalt zu verhindern. Von dort ist es jedoch nur ein kleiner Gedankensprung zur Dislozierung von Truppen, die von vornherein den Ausbruch von Gewalt in Situationen verhindern sollen, in denen eine solche Gefahr offensichtlich gegeben ist. Leider stoßen vorbeugende Einsätze auf viele politische Hindernisse. In der Regel überzeugt nur der Anblick tatsächlicher Gewalt mit all ihren tragischen Folgen die Konfliktparteien, potentiell truppenstellende Staaten und den Sicherheitsrat von der Nützlichkeit oder Notwendigkeit der Dislozierung einer Friedenssicherungstruppe.

44. Ende 1992 faßte der Sicherheitsrat jedoch zum ersten Mal den Beschluß, vorbeugend eine Präsenz der Schutztruppe der Vereinten Nationen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien einzurichten. Die

dann eingesetzte Präventiveinsatztruppe der Vereinten Nationen (UNPREDEP) ist nach wie vor das einzige Beispiel für eine rein präventive VN-Friedenssicherungstruppe. Dieses Experiment ist insofern als Erfolg zu betrachten, als trotz der beträchtlichen Spannungen zwischen dem Land und seinen Nachbarstaaten sowie zwischen den verschiedenen Volksgruppen der Republik ein Krieg in der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien bisher vermieden werden konnte. Zwar kann niemand garantieren, daß dieser vergleichsweise günstige Zustand von Dauer sein wird, doch hat die Anwesenheit der UNPREDEP zweifellos eine positive Wirkung, da sie mit dazu beiträgt, die Spannungen im Lande und in der umliegenden Region zu entschärfen. Die dieses Jahr im Kosovo aufgetretene Krise hat noch klarer gezeigt, welche wichtige Rolle die UNPREDEP bei der Erhaltung der Stabilität spielt. Ich freue mich daher, berichten zu können, daß der Sicherheitsrat am 21. Juli 1998 auf meine Empfehlung hin beschlossen hat, die Truppenstärke der UNPREDEP zu erhöhen und ihr derzeitiges Mandat um einen am 28. Februar 1999 endenden Zeitraum von sechs Monaten zu verlängern

Abrüstung

45. In dem Bild, das ich mir von den Vereinten Nationen mache, steht die Abrüstung ziemlich im Mittelpunkt ihrer Mission auf dem Gebiet des Friedens und der Entwicklung. Umso mehr freut es mich daher, daß die Generalversammlung meine Entscheidung unterstützt hat, die Hauptabteilung Abrüstungsfragen unter Leitung eines Untergeneralsekretärs wieder einzurichten. Außerdem ist die Versammlung meiner Empfehlung gefolgt, sie möge die Tätigkeit der Abrüstungskommission und des Ersten Ausschusses im Hinblick auf deren Aktualisierung, Neubelebung und Straffung überprüfen. Sobald diese Aufgabe abgeschlossen ist, werden die Reformvorschläge für den Abrüstungssektor der Organisation voll umgesetzt sein.

46. Die wichtigste Aufgabe der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet ist die Normsetzung und die Stärkung und Konsolidierung der multilateralen Abrüstungsgrundsätze. Wenn wir uns ansehen, wie es im Laufe des vergangenen Jahres um diese Grundsätze, Normen und Verfahren stand, bietet sich uns ein uneinheitliches Bild.

47. Wir sind, was die Anstrengungen zur Verminderung der von den Kernwaffen ausgehenden Gefahr angeht, an einem Wendepunkt angelangt. Mit jeder Erhöhung der Zahl Kernwaffenstaaten sind schwerwiegende Auswirkungen auf den Frieden und die Sicherheit verbunden. Somit ist es außerordentlich wichtig, daß der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen samt den auf der Konferenz von 1995 der Vertragsparteien zur Überprüfung und Verlängerung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vereinbarten Zielen universal akzeptiert wird. Unter den positiven Entwicklungen dieses Jahres sind die Herausgabe der gemeinsamen Erklärung von acht Nationen zur Schaffung einer kernwaffenfreien Welt sowie die Einsetzung von zwei Ad-

hoc-Ausschüssen in der Abrüstungskonferenz zu nennen. Der eine dieser Ausschüsse wird Verhandlungen zur Herbeiführung einer Einigung über wirksame internationale Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen führen; der andere wird einen Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper aushandeln.

48. Die Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen erfolgt nunmehr nach dem neuen Prozeß, und zwei Kernwaffenstaaten haben den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen ratifiziert. Darüber hinaus wurden im vergangenen Jahr Anstrengungen unternommen, die bestehenden kernwaffenfreien Zonen, insbesondere in Afrika und in Südostasien, zu konsolidieren und auf die Schaffung einer weiteren solchen Zone in Zentralasien hinzuarbeiten.

49. Da allgemein erwartet wurde, daß die internationale Gemeinschaft konkrete Schritte in Richtung auf den weiteren Abbau der Kernwaffen unternehmen würde, stellten die von Indien und Pakistan durchgeführten unterirdischen Nuklearversuche eine höchst beunruhigende Entwicklung dar. Ich habe diese Staaten nachdrücklich aufgefordert, weitere Nuklearversuche zu unterlassen, dem Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen umgehend beizutreten, die Dislozierung von Kernwaffen zu unterlassen und ihre Kernwaffenentwicklungsprogramme sowie die Entwicklung von Flugkörpern, die als Trägermittel für Kernwaffen einsatzfähig sind, einzustellen.

50. Im Rahmen der Bemühungen um die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens und einer bestandfähigen Entwicklung, insbesondere in Subregionen mit instabilen staatlichen Strukturen, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um den Strom der Kleinwaffen einzudämmen, die unter der Zivilbevölkerung im Umlauf sind. Schätzungsweise 90 Prozent der von leichten militärischen Waffen getöteten oder verwundeten Menschen sind Zivilpersonen, und am erschütterndsten ist, daß 80 Prozent davon Frauen und Kinder sind.

51. Eine Möglichkeit, dieses Problem anzugehen, bestünde darin zu versuchen, zu einem weltweiten Konsens im Hinblick auf die Überwachung und Kontrolle unerlaubter Waffentransfers und ihrer Verbindungen zum Handel mit sonstiger Schmuggelware zu gelangen. Die Abhaltung einer Konferenz der Vereinten Nationen über alle Aspekte des unerlaubten Waffenhandels in naher Zukunft wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Im Jahr 1997 wurde das Interamerikanische Übereinkommen gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, Munition, Sprengstoffen und sonstigem Wehrmaterial sowie den unerlaubten Handel damit unterzeichnet und so ein wesentlicher Mechanismus auf dem Gebiet der Rüstungsregelung geschaffen. Daneben begrüße ich die Initiative der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten zur Vorbereitung eines Moratoriums für die Einfuhr, die Ausfuhr und die Herstellung von Kleinwaffen.

52. Wenn wir unser Ziel auf dem Gebiet der Abrüstung erreichen wollen, dann reichen Anstrengungen zur Reduzierung des Waffenangebots allein nicht aus; mindestens ebenso wichtig, wenn nicht sogar noch wichtiger ist die Reduzierung der Nachfrage nach diesen Waffen.

53. Das geänderte Protokoll II zu dem Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken können – ein teilweises Verbot von Landminen – wird im Dezember 1998 in Kraft treten; das Übereinkommen von Ottawa über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung – ein umfassendes Verbot – wird voraussichtlich Anfang 1999 in Kraft treten. Es ist außerordentlich wichtig, daß dafür gesorgt wird, daß möglichst viele Staaten einem oder beiden Rechtsinstrumenten beitreten und daß die in der Abrüstungskonferenz geführten Verhandlungen über ein Exportverbot unterstützt werden.

54. Ferner erfüllt die Hauptabteilung Abrüstungsfragen eine entscheidende Funktion bei der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit, insbesondere bei der Sammlung, Entsorgung und Vernichtung von Waffen und bei der Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten in die Zivilgesellschaft. Unsere Bemühungen müssen stets in den Gesamtrahmen der Tätigkeiten eingebettet sein, die die Vereinten Nationen durchführen, um Konflikte zu verhüten und beizulegen und Kulturen aufzubauen, die Gewalt ablehnen.

55. Schließlich wäre eine umfassendere Verpflichtung zu größerer Offenheit und Transparenz in militärischen Angelegenheiten ein wertvoller Beitrag zur Vertrauensbildung und zur Schaffung von Sicherheit auf niedrigerem Rüstungsniveau. Zwei Rechtsakte dienen bereits diesem Zweck: das Register der Vereinten Nationen für konventionelle Waffen und das internationale System für die standardisierte Berichterstattung über Militärausgaben. Mir ist daran gelegen, daß sich die Mitgliedstaaten stärker und besser an diesen beiden Rechtsakten beteiligen, und ich werde alles tun, um ihnen dabei in jeder erdenklichen Weise behilflich zu sein.

Friedenssicherung

56. Während des vergangenen Jahres konnte ich mit Genugtuung feststellen, daß die internationale Gemeinschaft ihre Hemmungen vor dem Einsatz der Friedenssicherungskapazität der Organisation zu überwinden beginnt. Der Sicherheitsrat hat zwei neue Einsätze genehmigt, nämlich die Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik (MINURCA) und die Beobachtermission der Vereinten Nationen in Sierra Leone (UNOMSIL).

57. Die Friedenssicherung der Vereinten Nationen bietet eindeutig bestimmte einzigartige Vorteile, die es sonst

nirgendwo gibt, namentlich die Universalität ihres Mandats und die Bandbreite ihrer Erfahrungen. Wenn man weiß, daß der Sicherheitsrat willens ist, neue Friedenssicherungseinsätze zu genehmigen, wann immer und für wie lang auch immer sie notwendig sind, so wird dies nicht nur zur Stärkung der Anstrengungen der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Konfliktverhütung, sondern auch zu ihrer umfassenderen Tätigkeit im Bereich der Friedensschaffung und der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit beitragen.

58. Fünfzig Jahre nach der Aufstellung des ersten Friedenssicherungseinsatzes der Vereinten Nationen leisten derzeit etwa 14.500 Militär- und Polizeikräfte unter der Flagge der Vereinten Nationen Dienst bei Missionen in der ganzen Welt. Die Friedenssicherung wird nach wie vor den sich wandelnden Bedürfnissen angepaßt, und die Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen ist dabei heute ein wichtiger Aspekt. Wenngleich vorsichtig und kritisch vorgegangen werden muß, bevor ein Beschluß zu einem gemeinsamen Einsatz gefaßt wird, so können doch im Rahmen einer solchen Zusammenarbeit die Legitimität, der Sachverstand und die Ressourcen der Weltorganisation durch die Motivation und das Wissen der lokalen Akteure bereichert werden.

59. Am Amtssitz hat die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze ihre Bemühungen um die Stärkung der Schnelleingriffskapazität der Vereinten Nationen fortgesetzt. Bei der Ausarbeitung des VN-Systems der Verfügungsbereitschaftsabkommen wurden im vergangenen Jahr einige Fortschritte erzielt. Das System umfaßt nunmehr 74 Mitgliedstaaten, die dafür über 100.000 Mann zugesagt haben. Ich freue mich besonders über das zunehmende Interesse der afrikanischen Staaten an diesen Entwicklungen. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten beschäftigt sich die Hauptabteilung nach wie vor mit der Verbesserung der Kapazität Afrikas auf dem Gebiet der Friedenssicherung.

60. Im Zusammenhang mit dem System der Verfügungsbereitschaftsabkommen hatte ich die Ehre, im September 1997 in Kopenhagen an der Eröffnung des Amtssitzes der sofort verfügbaren Brigade der Vereinten Nationen teilzunehmen. Außerdem habe ich die Mittel zur Finanzierung der erforderlichen Dienstposten für einen schnell dislozierbaren Missionsstab beantragt, aber noch nicht erhalten.

61. Insgesamt ist die Zahl der Friedenssicherungskräfte im Feld seit Beginn der neunziger Jahre infolge des Auslaufens mehrerer großer VN-Einsätze zurückgegangen. Die Anzahl der VN-Friedenssicherungseinsätze hingegen ist im vergangenen Jahr von 15 auf 17 angestiegen: sechs davon in Europa, vier im Nahen Osten, vier in Afrika, zwei in Asien und ein Einsatz in der Region Amerika. Unter der Schirmherrschaft der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten unterhalten die Vereinten Nationen darüber hinaus eine Mission in Guatemala, die sich mit den Menschenrechten und der Reform des Justizwesens befaßt.

Sanktionen

62. Ich habe schon in der Vergangenheit betont, daß es eines Mechanismus bedarf, durch den die Sanktionen zu einem weniger harten, dafür aber wirksameren Instrument werden. Ich freue mich daher, daß das Konzept der "intelligenten Sanktionen", bei denen eher auf die Regierungen Druck ausgeübt wird als auf die Bevölkerung und so die humanitären Kosten gesenkt werden, bei den Mitgliedstaaten auf zunehmendes Interesse stößt. Das zunehmende Interesse an zielgerichteteren Sanktionen kam bei den jüngsten Maßnahmen zum Ausdruck, die der Sicherheitsrat gegen die Militärjunta in Sierra Leone und gegen die União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA) in Angola ergriffen hat.

63. Resolutionen, mit denen bindende Maßnahmen verhängt werden, sollten sich auch mit humanitären Ausnahmeregelungen und mit den Problemen von Drittstaaten befassen. Obwohl in den vom Sicherheitsrat eingerichteten Sanktionsregimen normalerweise humanitäre Ausnahmeregelungen vorgesehen sind, haben einige für die Überwachung der Anwendung der Menschenrechtsübereinkünfte zuständige Organe nachdrücklich darauf hingewiesen, daß solche Regime auch konkrete Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte schwächerer Gesellschaftsgruppen enthalten müssen. Der Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat dafür plädiert, daß solche Erwägungen bei der Ausarbeitung eines Sanktionsregimes voll berücksichtigt werden; daß während der ganzen Zeit, in der sich die Sanktionen in Kraft befinden, wirksame Überwachungsmaßnahmen durchgeführt werden; und daß die Stelle oder Stellen, die für die Verhängung, die Aufrechterhaltung oder die Durchführung der Sanktionen zuständig sind, Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß die schwächeren Gesellschaftsgruppen im Zielland unverhältnismäßig darunter leiden. In eine ähnliche Richtung ging der Hinweis des Ausschusses für die Rechte des Kindes, daß Sanktionen unter bestimmten Umständen die Verwirklichung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes behindern können.

64. Die internationale Gemeinschaft darf sich keine falsche Hoffnung machen, daß es leicht sein wird, die auf humanitärem Gebiet und auf dem Gebiet der Menschenrechte verfolgten Grundziele mit den Zielen eines Sanktionsregimes in Einklang zu bringen. Es kann gar nicht genug betont werden, daß Sanktionen ein Werkzeug der Rechtsdurchsetzung sind und daß sie, wie andere solche Methoden auch, Schaden anrichten. Dies sollte sowohl bei der Beschlußfassung über ihre Verhängung als auch bei der späteren Bewertung ihrer Ergebnisse bedacht werden.

Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit

65. Die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit umfaßt integrierte und koordinierte Maßnahmen zur

Bewältigung der tieferen Ursachen der Gewalt, gleichviel ob politischer, rechtlicher, institutioneller, militärischer, humanitärer, menschenrechtlicher, ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer, kultureller oder demographischer Natur, und zur Schaffung der Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden. Die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit kann als eine langfristige Strategie zur Verhütung von Konflikten angesehen werden. Da Konflikte unterschiedliche Ursachen haben, müssen auch die Maßnahmen der Vereinten Nationen auf die jeweilige Situation zugeschnitten sein, damit sie den Friedensprozeß stärken, so daß er nicht mehr umkehrbar ist. Es gibt kein Standardmodell für die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit.

66. Der größte und wohl wichtigste Friedenskonsolidierungseinsatz der Vereinten Nationen findet in Guatemala statt, doch führt die Organisation auch in anderen Ländern friedenskonsolidierende Maßnahmen durch, namentlich in Sierra Leone, wo sie Überwachungsfunktionen in bezug auf Menschenrechtsverletzungen wahrnehmen und der Regierung bei der Erfüllung ihrer Entwaffnungs- und Demobilisierungsaufgaben behilflich sind, sowie in Liberia, wo die Vereinten Nationen ihr erstes Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung eingerichtet haben.

67. Damit gewährleistet ist, daß das System der Vereinten Nationen und seine Partner die komplexen Herausforderungen der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit wirksam angehen, habe ich die Hauptabteilung Politische Angelegenheiten in ihrer Eigenschaft als Einberuferin des Exekutivausschusses für Frieden und Sicherheit zur Koordinierungsstelle der Vereinten Nationen für diese so wichtige Tätigkeit bestimmt. Ich hoffe, daß der Erste Ausschuß seine Tätigkeit bald nach ähnlichen Gesichtspunkten rationalisieren wird.

68. Eine bedeutsame Entwicklung im Laufe des vergangenen Jahres war der Anstieg der Zivilpolizeieinsätze nach dem Abzug des Militärpersonals. Solche Einsätze wurden in Bosnien und Herzegowina, in Kroatien und in Haiti durchgeführt und könnten sich bei anderen Konfliktfolge-situationen, wie beispielsweise in Angola, als sehr nützlich erweisen. Diese Entwicklung läßt das wachsende Interesse erkennen, das der Rolle von Friedenssicherungseinsätzen beim Aufbau von Menschenrechts-, Rechts-vollzugs- und anderen Institutionen und somit bei der Stärkung der Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden entgegengebracht wird.

69. Man ist sich immer mehr darüber im klaren, daß alle Aspekte der Unterstützung, die von Konflikten heimgesuchte Länder vom Ausland erhalten, sei es politische oder humanitäre Hilfe oder Hilfe auf dem Gebiet der Entwicklung oder der Menschenrechte, miteinander verknüpft werden müssen. Dabei ist die Mitwirkung der Geberregierungen, der Regierungen der Gaststaaten und der nichtstaatlichen Organisationen unerlässlich. Der Verwaltungsausschuß für Koordinierung hat durch die Erstellung des neuen strategischen Rahmenkonzepts kohärentere Strategien für die Friedenskonsolidierung

entwickelt. In diesem Rahmenkonzept sind die Grundsätze, Ziele und institutionellen Regelungen festgeschrieben, die für die Aufstellung einer kohärenten, wirksamen und integrierten politischen Strategie und eines ebensolchen Hilfsprogramms notwendig sind. Es bietet ein gemeinsames Werkzeug für die Aufzeigung, die Analyse und die Festlegung der Priorität der wichtigsten Fragen und Tätigkeiten, auf der Grundlage gemeinsamer Grundsätze und Ziele. Dieses Rahmenkonzept umfaßt die gesamte Bandbreite der Kerntätigkeiten der Vereinten Nationen in einem bestimmten Land, sei es auf politischem oder humanitärem Gebiet oder auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Entwicklung.

Komplementäre Strategien

70. Die Einteilung in Konfliktverhütung, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit ist zwar noch immer nützlich, doch ist man sich heutzutage weitgehend dessen bewußt, daß die meisten Einsätze auf mehr als einem dieser Gebiete gleichzeitig tätig sind. Bei einigen Einsätzen (wie beispielsweise in Georgien und in Zypern) sind die Vereinten Nationen aktiv sowohl mit der Friedensschaffung als auch mit der Friedenssicherung befaßt. Bei anderen (wie beispielsweise in Sierra Leone und in Tadschikistan) wurde noch während der Friedenssicherungseinsätze mit der Planung der Friedenskonsolidierung begonnen. Diese mannigfaltigen Kombinationen sind zu begrüßen, lassen sie doch Verständnis für die Komplexität bestimmter Situationen und für die Notwendigkeit der Koordinierung eines breiten Spektrums von sicherheitfördernden Tätigkeiten erkennen.

71. Im Rahmen der Konfliktverhütung kommt der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten auf dem

Gebiet der Frühwarnung, der vorbeugenden Diplomatie und der Friedensschaffung eine Schlüsselfunktion zu. Sowohl die Friedenssicherung als auch die Abrüstung können zur Konfliktverhütung beitragen. Aus organisatorischer Sicht befaßt sich die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze hauptsächlich mit logistischen und operativen Aufgaben, während sich die Hauptabteilung Abrüstungsfragen auf die diplomatischen, rechtlichen und technischen Aspekte der Waffen- und Rüstungsbegrenzung konzentriert. So gewährt die Hauptabteilung Abrüstungsfragen beispielsweise Unterstützung bei der Aushandlung internationaler Übereinkünfte über die Begrenzung oder das Verbot von Landminen, während die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze für die Maßnahmen zuständig ist, die an den eigentlichen Konfliktschauplätzen gegen Landminen unternommen werden. Beiden ist jedoch eine übergreifende politische Strategie als Rahmen für ihre Tätigkeit vorgegeben.

72. Wir sind uns heute mehr denn je der entscheidenden Verbindungen bewußt, die zwischen Armut, schlechter Staatsführung und Menschenrechtsverletzungen auf der einen und gewalttätigen Konflikten auf der anderen Seite bestehen. Wenn wir die Bedrohungen der menschlichen Sicherheit verringern wollen, müssen wir uns nicht nur mehr als bisher auf ihre tieferen Ursachen konzentrieren, sondern müssen auch dafür sorgen, daß die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organen und Organisationen der Vereinten Nationen und zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten verstärkt wird.

II

Entwicklungszusammenarbeit

73. Die Entwicklung stellt nach wie vor die größte Herausforderung in einer Welt dar, in der ein Fünftel der Menschen mit nur einem Dollar pro Tag auskommen muß, die Lebenserwartung eines Drittels aller Afrikaner bei etwas mehr als 40 Jahren liegt, beinahe 40 Prozent aller Frauen in den Entwicklungsländern Analphabetinnen sind und in Südasien mehr als die Hälfte aller Kinder im Alter von fünf Jahren untergewichtig ist und in der außerdem die asiatische Wirtschaftskrise allein in Indo-nesien etwa 50 Millionen Menschen in die Armut zurück-zuwerfen droht. Diese krassen Verhältnisse existieren nach wie vor, obwohl die vergangenen fünfzig Jahre zu den längsten wirtschaftlichen Expansionsphasen der Geschichte zählten.

74. Der Umfang der den Entwicklungsländern von außen gewährten Hilfe hingegen ist im Laufe dieses Jahrzehnts stetig zurückgegangen und beträgt nun 0,22 Prozent des Bruttosozialprodukts der Industrieländer beziehungsweise 0,19 Prozent des Bruttosozialprodukts der Gruppe der sieben großen Industriestaaten, zu der die reichsten Industrieländer gehören. Darüber hinaus ge-währen die Geberländer immer häufiger zweckgebundene Hilfe, wobei nicht garantiert ist, daß ihre Präferenzen im Hinblick auf die Vergabe mit den Bedürfnissen der Em-pfänger im Einklang stehen. Ausländische Direktinvesti-tionen konnten den Rückgang an Hilfe nicht wettmachen. 1997 flossen nur 3 Milliarden Dollar in alle Länder Afri-kas südlich der Sahara und 4 Milliarden Dollar nach Süd-asien. Gleichzeitig lastet auf vielen Entwicklungsländern, darunter einigen der ärmsten, nach wie vor ihre er-drückende Auslandsverschuldung.

75. Die Vereinten Nationen stellen jedes Jahr den relativ bescheidenen Gesamtbetrag von 5,5 Milliarden Dollar für Entwicklungshilfe zur Verfügung. Trotz ihrer begrenzten Ressourcen haben die Vereinten Nationen als Entwick-lungsinstitution allerdings einzigartige Vorzüge. Dank ihres umfassenden Mandats, das sich über den wirtschaft-lichen, den sozialen und den politischen Bereich erstreckt, können sie sektorübergreifende Konzepte für die Ent-wicklungszusammenarbeit entwickeln und in die Tat um-setzen, Nothilfe mit längerfristigen Entwicklungszielen verbinden und sicherstellen, daß die Friedensprozesse und die Anstrengungen zur Herbeiführung einer innerstaat-lichen politischen Aussöhnung Unterstützung durch Fortschritte auf dem Gebiet der Entwicklung erhalten und diese ihrerseits ergänzen. Darüber hinaus kann die Orga-nisation dank ihrer vielfältigen institutionellen Funktionen im gesamten Spektrum der Entwicklungszusammenarbeit, angefangen von der Normsetzung, der Analyse, und der Grundsatzpolitik bis hin zu den operativen Tätigkeiten, kohärent mitreden.

76. Das von mir im Laufe des vergangenen Jahres einge-leitete Reformprogramm baut auf dieser institutionellen Fähigkeit auf und hat auf dem Gebiet der Entwicklung bereits praktische Ergebnisse zeitigt. Anfang 1997

wurde der Exekutivausschuß für wirtschaftliche und so-ziale Angelegenheiten geschaffen, um eine kohärente Politik bei allen Tätigkeiten der ihm angehörenden Orga-nisationseinheiten im Wirtschafts- und Sozialbereich und auf damit zusammenhängenden Gebieten zu fördern. Er besteht aus der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, die den Vorsitz führt, sowie aus den zuständigen Sekretariatsstellen, den Regionalkommis-sionen, der Universität der Vereinten Nationen und den entsprechenden Forschungsinstituten der Vereinten Nationen.

77. Der Exekutivausschuß hat sich einer Reihe bereichs-übergreifender Problemstellungen angenommen. So hat er beispielsweise einen Vorschlag in bezug auf die Ver-wendung des Entwicklungskontos ausgearbeitet, den die Mitgliedstaaten prüfen werden, und ein langfristiges Projekt eingeleitet, durch das die von den VN- und Nicht-VN-Institutionen weltweit erstellten und verwendeten Entwicklungsindikatoren vereinheitlicht und ihre ein-heitliche Definition und Auslegung gewährleistet werden sollen. Der Ausschuß hat außerdem eine Überprüfung der wichtigsten Berichte im Sozial- und Wirtschaftsbereich in Auftrag gegeben und damit begonnen, gemeinsam mit der VN-Gruppe für Entwicklung Verbindungen zwischen normsetzenden und operativen Tätigkeiten im Entwick-lungsbereich herzustellen. Eine Zusammenarbeit findet auch mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und mit anderen Organi-sationseinheiten der Vereinten Nationen statt, um das Kon-zept des Rechts auf Entwicklung sachlich zu untermauern.

78. Die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwick-lung, der das Entwicklungsprogramm der Vereinten Na-tionen (UNDP), das Kinderhilfswerk der Vereinten Na-tionen (UNICEF), der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), das Welternährungsprogramm (WFP) und andere auf diesem Gebiet tätige operative Organi-sationseinheiten angehören, erleichtert die gemeinsame Ge-staltung der Grundsatzpolitik und die Entscheidungs-findung in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit. Neue Managementwerkzeuge fördern die Zusammen-arbeit und die Abstimmung der Abläufe.

79. Auf Landesebene war die Schaffung der Entwick-lungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen die wohl bedeutsamste Entwicklung. Sie wurden gemeinsam von den Landesteams der Vereinten Nationen unter der Leitung des residierenden Koordinators der Vereinten Nationen und in enger Zusammenarbeit mit den Regie-rungen entwickelt und bieten einen neues strategisches Konzept für die Verwirklichung der auf den Weltkonfe-renzen der Vereinten Nationen vereinbarten Ziele und der einzelstaatlichen Entwicklungsprioritäten sowie für eine integrative Auseinandersetzung mit den vielfältigen Dimensionen der Armutsbekämpfung. Seit einem Jahr wird der Prozeß der Entwicklungshilfe-Programmrahmen

in einem von der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklung eingeleiteten Pilotprojekt in 18 Ländern erprobt. In zwei dieser Länder wird die Schnittstelle zwischen den Programmrahmen und der Länderunterstützungsstrategie der Weltbank im Hinblick auf die Förderung einer strategischen Partnerschaft zwischen den beiden Institutionen untersucht. Die Pilotprojekte werden derzeit bewertet, und die daraus gewonnenen Erfahrungen werden in künftige Entwicklungshilfe-Programmrahmen einfließen.

80. Die Gruppe für Entwicklung hat das vom UNDP finanzierte und verwaltete System der residierenden Koordinatoren gestärkt. Neue Auswahlmethoden wurden eingeführt, damit mehr residierende Koordinatoren aus dem weiteren System der Vereinten Nationen und mehr Frauen in diese Funktion ernannt werden.

81. Die Einrichtung von "Häusern der Vereinten Nationen" auf Landesebene, in denen alle Programme, Fonds und Informationszentren der Vereinten Nationen in gemeinsam genutzten Räumlichkeiten zusammengefaßt sind, wird bei den VN-Mitarbeitern zu größerem Gemeinschaftsgefühl und größerer Zielkonsonanz beitragen und gleichzeitig effizienzsteigernd und in vielen Fällen kostensenkend wirken. 1997 wurden "Häuser der Vereinten Nationen" offiziell in Libanon, Lesotho, Malaysia und Südafrika eingerichtet. Etwa 30 weitere gemeinsam genutzte Grundstücke und Gebäude werden voraussichtlich bald zu "Häusern der Vereinten Nationen" bestimmt werden.

82. Die Exekutivausschüsse für Frieden und Sicherheit, für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten sowie für humanitäre Angelegenheiten arbeiten jetzt auf Gebieten wie bestandfähige Entwicklung, Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit, Nothilfeinsätze, Verknüpfung humanitärer Hilfe mit Entwicklungszusammenarbeit und Förderung der Menschenrechte enger zusammen.

83. Mit diesen institutionellen Neuerungen wird besser auf die Bedürfnisse der Regierungen in der ganzen Welt eingegangen, die auf die Vereinten Nationen als Entwicklungspartner zählen.

Beseitigung der Armut

84. Geleitet von den Ergebnissen ihrer großen Weltkonferenzen der neunziger Jahre, insbesondere des 1995 abgehaltenen Weltgipfels für soziale Entwicklung, haben die Vereinten Nationen die Beseitigung der Armut zu einer zentralen Querschnittsaufgabe ihrer Tätigkeit gemacht. Im Mai 1998 verabschiedete der Verwaltungsausschuß für Koordinierung, dem die Leiter aller Organe und Organisationen der Vereinten Nationen angehören, für das gesamte VN-System eine Verpflichtungserklärung zu Maßnahmen zur Beseitigung der Armut. Der Hauptzweck dieser Erklärung liegt darin, die Koordinierung und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Teilen des Systems der Vereinten Nationen, einschließlich der Bretton-Woods-Institutionen, zu verbessern und sich auf

eine gemeinsame Strategie zu einigen, die auf alle wichtigen Dimensionen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut eingeht.

85. Im vergangenen Jahr waren die Vereinten Nationen etwa 100 Ländern bei der Ausarbeitung, Formulierung oder Umsetzung nationaler Armutsbekämpfungsprogramme behilflich. Überprüfungen der bestehenden Strategien ergaben, daß in einigen wichtigen Bereichen Verbesserungen vorgenommen werden müssen. So ist es beispielsweise notwendig, daß die Armutsbekämpfungsmaßnahmen über die herkömmlichen Sozialsektor- und Sozialhilfeansätze hinausgehen, daß so kritische Fragen wie der Zugang zu Produktivvermögen angegangen werden, daß ein Dialog gefördert wird, der die staatlichen Institutionen, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor einbezieht, und daß Gemeinwesen mit schwacher Ressourcenbasis und Haushalte mit geringem Vermögen als Zielgruppe angesprochen werden.

86. Ein beträchtlicher Teil, nämlich etwa 26 Prozent, der Ressourcen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen fließen heute direkt in die Armutsminderung. Die vom UNDP gewährte Hilfe umfaßt die Unterstützung bei der kartographischen Erfassung der Armutsverteilung, die Bewertung der einzelstaatlichen Kapazität zur Armutsminderung, die Aufstellung einzelstaatlicher Gesamt- und Einzelziele sowie die Prüfung öffentlicher Ausgaben, Grundsatzpolitiken, Verwaltungsstrukturen und -verfahren sowie die Mittelbeschaffung.

87. In der Überzeugung, daß die Armutsbeseitigung gezielt auf den Sozialsektor abstellen muß, haben die Vereinten Nationen der Verwirklichung der sogenannten 20/20-Initiative, die 1994 gemeinsam von dem UNDP, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), dem UNFPA, dem UNICEF und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ins Leben gerufen wurde, hohen Vorrang eingeräumt. In dieser Initiative ist vorgesehen, daß die Regierungen und die Geberländer jeweils 20 Prozent ihres Staatshaushalts beziehungsweise ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe für grundlegende Sozialprogramme bereitstellen. Das UNICEF und das UNDP unterstützen auf Landesebene verstärkt Überprüfungen der Ausgaben auf dem Sozialsektor.

88. Zur Verwirklichung der Armutsbeseitigung ist auch die Senkung des hohen Frauenanteils unter den Armen erforderlich. Der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) hat daher Pilotprojekte unterstützt, die die Wirtschaftsleistung der Frauen stärken sollen. Unterstützt werden auch Bemühungen, den Frauen besseren Zugang zu Krediten, Ausbildung und Technologie zu verschaffen, um so ihre einkommenschaffenden Tätigkeiten zu stärken. Der Fonds war einer der ersten, die darauf hingewirkt haben, daß die Politiken und Programme von Kleinstkreditinstituten den Faktor Geschlecht berücksichtigen. Die Programme des Fonds werden den Herausforderungen gerecht, die bei der Machtgleichstellung der Frau entstehen, indem sie Frauenorganisationen und Unternehmerinnenverbände

besser befähigen, Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen zu führen, und indem sie den Frauen Unterlagen für den Erwerb von Kenntnissen im Wirtschaftsbereich zur Verfügung stellen.

89. Armut ist eine der Hauptursachen des Hungers. Hunger wiederum ist die Ursache für den Teufelskreis der Armut, der sich über Generationen hinweg fortsetzt. Die Linderung des Hungers ist der erste Schritt zur Durchbrechung dieses Teufelskreises. 1997 flossen 93 Prozent der Nahrungsmittel-Entwicklungshilfe des Welternährungsprogramms den ärmsten Gemeinwesen und Haushalten in Ländern mit niedrigem Einkommen und Nahrungsmitteldefiziten zu, mehr als die Hälfte davon entfiel auf die am wenigsten entwickelten Länder. Die WFP-Projekte zielen darauf ab, armen hungrigen Menschen zu einem Existenzminimum zu verhelfen, mit dem sie sich selbst erhalten und somit wirksam an den regulären Entwicklungsprogrammen teilhaben können.

90. Das Welternährungsprogramm hat ferner für 22 afrikanische, 8 asiatische und 2 lateinamerikanische Länder Karten erstellt, auf denen Gebiete wirtschaftlicher und sozialer Schwäche erfaßt sind. Diese Karten geben die geographische Verteilung der Armut und der Nahrungsmittelunsicherheit wieder und tragen mit dazu bei, ihre Grundursachen sowie geeignete Antwortprogramme aufzuzeigen. Um sicherzustellen, daß die Armen auf Dauer Zugang zu Nahrungsmitteln haben, sorgt das WFP dafür, daß etwa 60 Prozent seiner Entwicklungsressourcen direkt den Frauen zugute kommen, und bezieht es die Frauen in die Verwaltung der Nahrungsmittelverteilung und in die Entscheidungsfindung mit ein.

91. Es wurden wichtige Maßnahmen ergriffen, um die Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde als ein Kernelement in die Strategien zur Armutsbekämpfung einzubeziehen und sicherzustellen, daß die ärmsten Menschen an den Entscheidungsprozessen in ihren Gemeinwesen teilhaben. Auf ihrer jüngsten Tagung hat die Menschenrechtskommission einen unabhängigen Sachverständigen ernannt, der den Zusammenhang zwischen der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte und extremer Armut bewerten soll. Das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte ist ein nachdrücklicher Befürworter von Mandaten, die im System der Vereinten Nationen das Verständnis für die unauflösbaren Zusammenhänge zwischen Entwicklung, Demokratie und den Menschenrechten fördern.

Soziale Entwicklung

92. Auf dem Gebiet der sozialen Entwicklung wird zur Zeit ein breites Spektrum von normsetzenden und grundsatzpolitischen Aktivitäten durchgeführt. So laufen bereits die Vorbereitungen für eine Überprüfungs-konferenz im Jahr 2000, auf der über die Umsetzung der 1995 auf dem Weltgipfel getroffenen Vereinbarungen Bilanz gezogen werden soll. Das UNDP hat einen Weltarmutsbericht fertiggestellt, der dokumentiert, welche Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele des Gipfels

erzielt wurden bzw. welche Hindernisse es noch zu überwinden gilt.

93. Die Generalversammlung hat das Jahr 1999 zum Internationalen Jahr der älteren Menschen erklärt. Damit wollen die Vereinten Nationen erreichen, daß ältere Menschen am Leben ihrer Gemeinwesen größeren Anteil haben. Am anderen Ende des Generationenspektrums beriefen die Vereinten Nationen im August 1998 in Braga (Portugal) die dritte Tagung des Weltjugendforums ein, die zusammen mit dem portugiesischen Nationalen Jugendrat durchgeführt wurde, und im selben Monat fungierte die Regierung Portugals gemeinsam mit den Vereinten Nationen als Gastgeberin der Weltkonferenz der Jugendminister in Lissabon. Außerdem waren die Vereinten Nationen bestrebt, die Teilhabe von Behinderten an der Gesellschaft zu fördern. Etwa 70 Länder haben inzwischen Rechtsvorschriften erlassen oder Programme erstellt, die die Verwirklichung dieses Ziels voranbringen sollen.

94. Gesundheit und Sterblichkeit und ihr Zusammenhang mit der Entwicklung waren das Sonderthema der einunddreißigsten Tagung der Kommission für Bevölkerung und Entwicklung. Die Kommission rief zur Sammlung verlässlicherer und präziserer Sterblichkeitsdaten, zu Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene zur Ermittlung der Ursachen des in einigen Ländern zu beobachtenden Anstiegs der Sterblichkeitsrate unter Erwachsenen sowie zu verstärkten Anstrengungen zur Senkung der Sterblichkeit und zur Verbesserung der Gesundheit auf. Außerdem sind zur Zeit die Vorbereitungen für eine Sondertagung der Generalversammlung zur Weiterverfolgung der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung im Gang, die vom 30. Juni bis 2. Juli 1999 stattfinden wird.

95. Die mangelnde Gleichberechtigung der Frau und die Verletzungen ihrer Menschenrechte stellen nach wie vor ein großes Hindernis für die Entwicklung, die Demokratie und den Frieden dar. Inzwischen laufen die Vorbereitungen für die Tagung im Juni 2000, auf der die Generalversammlung auf hoher Ebene die Fortschritte prüfen wird, die bei der Umsetzung der Beschlüsse der Weltfrauenkonferenzen in Nairobi und Beijing erzielt wurden. Konzentrierte Anstrengungen sind notwendig, damit das Ziel der universellen Ratifikation des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau bis zum Jahr 2000 erreicht wird und seine Durchsetzungsmechanismen gestärkt werden.

96. Auf operativer Ebene tragen das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und seine Partner dazu bei, daß Probleme, von denen Kinder betroffen sind, weltweit Aufmerksamkeit finden, wie beispielsweise die vielen Millionen Kinder, die unter Malaria und Mangelernährung leiden; die Not jener Kinder, die als Soldaten dienen, gefährliche Arbeiten verrichten oder Tätigkeiten ausüben, bei denen sie ausgebeutet werden; die Diskriminierung von Mädchen und jungen Frauen und die Gewalt, unter der sie zu leiden haben; die fast 600.000 jungen Mädchen und Frauen, die jedes Jahr unnöti-

gerweise an mit Schwangerschaft und Geburt zusammenhängenden Komplikationen sterben; der schreckliche Tribut, den HIV/Aids von jungen Menschen fordert; die vielen unerfüllten Bedürfnisse von Heranwachsenden und die immer tiefere Kluft zwischen Armen und Reichen.

97. Im vergangenen Jahr schenkte das Kinderhilfswerk der stärkeren Mitwirkung der Gemeinwesen an Kinder- und Familienbelangen größere Aufmerksamkeit. Dies war der ausschlaggebende Faktor bei den Erfolgen im Hinblick auf die Einschulung von mehr Mädchen und die Gewährleistung ihres weiteren Schulbesuchs. UNICEF-Programme wurden ausgeweitet, um nicht nur Säuglinge und Kleinkinder, sondern auch Heranwachsende und Jugendliche zu erfassen.

98. Wenn Entscheidungsträgern verlässliche Informationen an die Hand gegeben werden, kommt es eher zu wirksameren Unterstützungsmaßnahmen zugunsten von Kindern und Frauen. Infolgedessen hat das UNICEF in Zusammenarbeit mit mehreren anderen VN-Organisationen eine kostengünstige, schnelle und verlässliche Haushaltsumfragemethode, die Klumpenstichprobenerhebung mit multiplen Indikatoren, entwickelt, ein Verfahren zum Aufbau einzelstaatlicher Kapazitäten zur Verfolgung der zugunsten von Kindern erzielten Fortschritte. Solche Erhebungen wurden bisher in 60 Ländern durchgeführt.

99. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) wandte 1997 etwa 85 Prozent seiner Mittel für grundlegende soziale Dienste auf, die vor allem auf die ärmsten und sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen ausgerichtet waren. Wesentliche Aktivitäten waren u.a. Sexualerziehung und Aufklärung über reproduktive Gesundheit, die Verbesserung der reproduktiven Gesundheitspraktiken von Jugendlichen und deren Anpassung an die Situation in dem jeweiligen Land und der jeweiligen Subregion; die Gewährung von Hilfe zur Verminderung der Müttersterblichkeit; die Gewährung von Nothilfe in Flüchtlingssituationen und die Unterstützung von Aktivitäten zur Verhütung von HIV/Aids in etwa 132 Ländern. Aus Mitteln des Bevölkerungsfonds wurden auch Bevölkerungs- und Entwicklungsstrategien sowie Lobbyarbeit unterstützt. Es wurden eine Reihe von Indikatoren entwickelt, mit deren Hilfe die Fortschritte, der Vollzug und die Wirkung von Programmen gemessen werden können, die in den Kernprogrammgebieten des Fonds durchgeführt werden. Damit wurde ein erster wichtiger Schritt auf dem Wege zur Messung der Wirksamkeit seiner Aktivitäten getan.

100. Geschlechtsspezifische Fragen waren weiterhin ein übergreifendes Anliegen aller Programme, die der Bevölkerungsfonds unterstützt. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist auch ein Anliegen des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat), das den gleichberechtigten Zugang zu Wohnraum, Grund und Boden und Krediten und im weiteren Sinne zu den Entscheidungsprozessen in der Ordnungspolitik im Siedlungswesen fördert. Durch Aufklärung und Lobbyarbeit trägt der Entwicklungsfonds

der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) dazu bei, daß Frauen ihre Kenntnisse im Hinblick auf die Übernahme von Führungsaufgaben im staatlichen und nicht-staatlichen Bereich verbessern, und er führt Schulungen für Frauenorganisationen durch, damit sie die Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau überwachen und fördern können.

101. Im Sekretariat der Vereinten Nationen setzt die Organisation alles daran, um die ihr aufgetragene Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter in die Tat umzusetzen. Bei der Anhebung der Zahl der im Höheren Dienst vertretenen Frauen wurden Fortschritte erzielt; in den herausgehobenen Positionen (D-2) stieg der Frauenanteil von 16 auf 22 Prozent an. Außerdem wurde ein System eingeführt, das strikter dafür sorgt, daß die Rechenschaftspflicht für die Erreichung der von der Generalversammlung verlangten zahlenmäßigen Gleichstellung der Geschlechter im Höheren Dienst den hochrangigen Führungskräften übertragen wird.

102. Das Gemeinsame und gemeinsam getragene Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) bemüht sich, durch Lobbyarbeit auf der Grundlage solider fachlicher und aktueller Analysen weltweites Engagement und weltweite politische Unterstützung für die Verhütung und Behandlung von HIV/Aids zu gewinnen. Das UNAIDS gab im Juni dieses Jahres, kurz vor der zwölften Weltkonferenz über Aids, seinen neuesten *Report on the Global HIV/AIDS Epidemic* (Bericht über die weltweite HIV/Aids-Epidemie) heraus. Außerdem tritt es für einen besseren Zugang zu den besten und wirksamsten Praktiken auf staatlicher und auf Gemeinwesenebene und für deren Anwendung ein. Das Programm hat bei der gemeinsamen Planung und Koordinierung von Programmen mit anderen Organisationen und beim Aufbau von Partnerschaften mit Gastländern sowie mit Akteuren der Zivilgesellschaft große Fortschritte erzielt. Gleichzeitig breitet sich die HIV-Infektion in den meisten Regionen der Welt paradoxerweise weiter explosionsartig aus, und, was die Verhütung von HIV/Aids betrifft, wird die Kluft zwischen armen und reichen Ländern immer tiefer. Dies führt dazu, daß die Lebenserwartung bei der Geburt in einigen Entwicklungsländern auf ein Niveau absinkt, das man seit dem vorindustriellen Zeitalter nicht mehr kennt, und daß die erreichte Steigerung der Überlebensrate von Kindern ausgelöscht wird.

103. Genau zwei Drittel aller HIV/Aids-Infizierten leben in Afrika südlich der Sahara. Abgesehen von den tragischen menschlichen Folgen bedeutet dies eine immense zusätzliche Belastung für die ohnehin überforderten Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Zu den unmittelbaren wirtschaftlichen Kosten kommt noch hinzu, daß unverhältnismäßig viele junge Menschen und Menschen in den produktivsten Jahren ihres Berufslebens HIV/Aids zum Opfer fallen und daß die Gesellschaft dadurch einen weiteren Teil ihres Reservoirs an Fähigkeiten verliert.

104. 1997 angestellten Schätzungen zufolge sind weltweit bereits etwa 12 Millionen Menschen an mit HIV zusammenhängenden Ursachen gestorben, 30 Millionen

Menschen leben mit HIV/Aids und 5,8 Millionen Menschen haben sich neu infiziert – was bedeutet, daß jeden Tag 16.000 Neuinfektionen hinzukommen. Diese Statistiken sind umso besorgniserregender, als in vielen Industrieländern die Meinung vorherrscht, daß die "Aidskrise" vorbei sei. In den letzten zwei Jahren wurde in den entwickelten Ländern auf breiter Ebene eine antivirale Kombinationstherapie angewandt; da diese Medikamente jedoch so teuer und so schwierig zu verabreichen sind, haben die meisten mit HIV infizierten Menschen in den Entwicklungs- und Übergangsländern dazu nach wie vor keinen Zugang.

105. Am Beispiel Thailands und Ugandas zeigt sich, daß die HIV-Raten durch energische HIV-Verhütungsprogramme maßgeblich gesenkt werden können. Uganda hat seine HIV-Infektionsrate um über 25 Prozent gesenkt, Thailand um nahezu 15 Prozent – eine Verminderung, die sich durchaus mit derjenigen in den Industriestaaten vergleichen läßt. Die Verhinderung von Neuinfektionen ist letztlich das beste Mittel zur Abwendung der verheerenden Auswirkungen von HIV; dies kann nur erreicht werden, wenn eine sorgfältig ausgewählte Kombination bereits erprobter HIV-Verhütungsmethoden angewandt wird. Einige dieser Methoden fordern einen hohen politischen Preis, sind jedoch unverzichtbar, wenn nicht die bei der Armutsbekämpfung erzielten Erfolge durch dieses grausame Virus zunichte gemacht werden sollen.

Bestandfähige Entwicklung

106. Der synergetische Zusammenhang zwischen Umweltschutz und -regeneration auf der einen und Entwicklung und Armutsbekämpfung auf der anderen Seite ist spätestens seit der Verabschiedung der Agenda 21 auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 immer wieder hervorgehoben worden. Auf der im Juni 1997 abgehaltenen Sondertagung der Generalversammlung zur Bewertung der seit 1992 erzielten Fortschritte wurde dieser Zusammenhang bekräftigt. Der Verwaltungsausschuß für Koordinierung ist zur Zeit damit beschäftigt, die vereinbarten grundsatzpolitischen Maßnahmen in Aktivitäten des VN-Systems, insbesondere auf Landesebene, umzusetzen.

107. In Weiterverfolgung der 1997 abgehaltenen Konferenz von Kioto, der dritten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, unterstützen das VN-Entwicklungsprogramm und die Globale Umweltfazilität zur Zeit etwa 100 Entwicklungsländer bei der Ausarbeitung einzelstaatlicher Lageberichte. Dieses auf 2,2 Millionen Dollar veranschlagte Projekt ist bereits durch Geberbeiträge in Höhe von 1,2 Millionen Dollar teilfinanziert. Mit diesem Projekt soll die Formulierung von Rechtsvorschriften vorangetrieben werden, die es den Staaten ermöglichen sollen, dieser großen globalen Herausforderung zu begegnen. Im Rahmen von Süd-Süd-Verbindungen wird es auch den Austausch von Informationen und Fachwissen zwischen den Entwicklungsländern fördern. Bei diesem Projekt handelt es sich

um die jüngste Initiative des UNDP im Rahmen seiner mit über 30 Millionen Dollar dotierten Projekte zur Förderung von Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Das UNDP hat einen Bericht mit dem Titel *Energy after Rio: Prospects and Challenges* (Der Energiebereich nach Rio: Aussichten und Herausforderungen) veröffentlicht, der sich mit dem Zusammenhang zwischen Energie und Entwicklung befaßt und eine Analyse der bestandfähigen Energiestrategien enthält, die erforderlich sein werden, wenn die Ziele der Agenda 21 erreicht werden sollen.

108. Da heute bereits die Hälfte der Weltbevölkerung in großen oder kleineren Städten lebt, und bis zum Jahr 2025 schätzungsweise zwei Drittel der Weltbevölkerung Stadtbewohner sein werden, hängt die bestandfähige Entwicklung unseres Planeten mehr denn je davon ab, wie gut wir die mit der Verstädterung einhergehenden Probleme verstehen und inwieweit wir in der Lage sind, darauf wirksame Antworten zu finden und diese umzusetzen. Die 1996 auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Wohn- und Siedlungswesen (Habitat II) verabschiedete Habitat-Agenda liefert strategische Handlungsanleitungen für diesbezügliche Maßnahmen. Wie darin festgestellt wird, hängt die erfolgreiche Bewältigung der weltweiten Herausforderungen auf dem Gebiet der Umwelt davon ab, wie wirksam die städtischen Probleme gelöst werden.

109. Im Rahmen des Programms für bestandfähige Städte, eines gemeinsamen Unterfangens des Zentrums für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), werden die Stadtplanung und -verwaltung auf städtischer und staatlicher Ebene durch den Aufbau von Kapazitäten und Beziehungsnetzen unterstützt. Dieses Programm, das in über 20 Städten durchgeführt wird, hat eine Reihe von grundsatzpolitischen Leitlinien hervorgebracht, die in vielen Ländern Anwendung finden. Habitat stellt auch das Sekretariat des Urbanen Umweltforums, eines weltweiten Netzwerks von Städten und internationalen Programmen, die sich für die Verbesserung der städtischen Umwelt einsetzen.

Förderung von Investitionen und Wachstum

110. Eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Gemeinschaft besteht darin, den ärmsten Entwicklungsländern, insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern, beim Aufbau von Kapazitäten behilflich zu sein, die es ihnen ermöglichen, sich wirksamer und zu ihrem größeren Nutzen in die Weltwirtschaft zu integrieren. Schuldenerleichterungen, die Gewährung zusätzlicher Hilfe, bessere Handelsmöglichkeiten und günstigere Austauschverhältnisse sind geboten, wenn dieser Prozeß erleichtert werden soll.

111. Die Entwicklung Afrikas ist nach wie vor eine Angelegenheit von höchstem Vorrang. Ich habe mich im April in einem wichtigen Bericht an den Sicherheitsrat mit den Herausforderungen auseinandergesetzt, die mit der Förderung eines dauerhaften Friedens und einer

bestandfähigen Entwicklung in Afrika verbunden sind. Ich forderte darin die führenden Politiker der afrikanischen Länder, die unter periodisch aufflammenden Konflikten und mangelnder Entwicklung leiden, nachdrücklich auf, unter anderem durch eine gute Staatsführung und die Einführung von Wirtschaftsreformen ein günstiges Investitionsklima zu schaffen. Gleichzeitig forderte ich die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, durch die Umwandlung aller verbleibenden bilateralen öffentlichen Schulden der ärmsten Länder in verlorene Zuschüsse das Ihre dazu beizutragen und den hochverschuldeten armen Ländern den Zugang zu multilateralen Einrichtungen zu erleichtern.

112. Die zunehmende Ausgrenzung einiger Länder aus der Weltwirtschaft bereitet den Vereinten Nationen nach wie vor große Sorge. Diese Länder sind in der Regel in hohem Maße von Rohstoffen abhängig. Die immer geringere Bedeutung unbearbeiteter Rohstoffe im Welt-handel scheint darauf hinzudeuten, daß sich der seit langem zu beobachtende Preisverfall für unbearbeitete Rohstoffe gegenüber den Preisen von Fertigwaren fortsetzen wird. Gelingt es diesen Ländern nicht, ihre Wirtschaft zu diversifizieren, so müssen sie vermutlich damit rechnen, daß sich ihre relative Position weiter verschlechtert. Die Grundsatzanalysen, die die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) über Fragen wie Rohstoffdiversifizierung, Risikomanagement und den elektronischen Geschäftsverkehr durchführt, enthalten Vorschläge für neue Möglichkeiten, wie kleine und mittlere Unternehmen in den Entwicklungsländern ihre Teilhabe an den internationalen Märkten diversifizieren können.

113. Der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (UNIFEM) fördert die Partizipation von Frauen im Handels- und Investitionsbereich. So wurden in diesem Jahr Untersuchungen über die Auswirkungen der Handelsliberalisierung auf weibliche Arbeitskräfte in Afrika, Asien und Lateinamerika durchgeführt. Außerdem erhielten Frauen, die zum Verkauf bestimmte Agrarprodukte erzeugen, Unterstützung beim Aufbau von Genossenschaften, wodurch ihnen zu einem höheren Einkommen verholfen und ihre Verhandlungsposition im internationalen Handel gestärkt werden soll.

Unterstützung einer guten Staatsführung

114. Eine gute Staatsführung ist wohl der wichtigste Einzelfaktor bei den Bemühungen um die Beseitigung der Armut und die Förderung der Entwicklung. Unter einer guten Staatsführung ist die Schaffung gut funktionierender, rechenschaftspflichtiger Institutionen – in der Politik, im Justizwesen und in der Verwaltung – zu verstehen, die von den Bürgern als rechtmäßig angesehen werden, durch die sie an Entscheidungen teilhaben, die ihr Leben beeinflussen, und die ihnen die Selbstbestimmung ermöglichen. Eine gute Staatsführung bedingt auch die Achtung vor den Menschenrechten und die Rechts-

staatlichkeit im allgemeinen. Die Unterstützung einer guten Staatsführung ist zu einem immer wichtigeren Bestandteil der Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entwicklung geworden.

115. Im Mittelpunkt der Unterstützung, die das UNDP zur Förderung einer guten Staatsführung gewährt, steht die Stärkung der Parlamente, der Wahlorgane und der rechtsprechenden Gewalt. Das VN-Kinderhilfswerk leistet Unterstützung bei der Überarbeitung innerstaatlicher Rechtsvorschriften im Einklang mit dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes, bei der Ausbildung von Parlamentariern und Polizeibeamten und ganz allgemein bei der Einbeziehung der Rechte des Kindes in die politischen und rechtlichen Strukturen der Staaten.

116. Eine gute Staatsführung ist auch für die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen für Drogenbekämpfung und Verbrechensverhütung unabdingbar. Wenn die Polizei und die Justiz in den einzelnen Staaten nicht gestärkt wird, kann es keine Welt ohne Drogen und Drogenbarone geben. Auf Feldebene unterstützt das Büro Bemühungen um die Verminderung der Drogennachfrage und der unerlaubten Drogengewinnung und leistet der Polizei und den Gerichten technische Hilfe bei der Bekämpfung des Drogenhandels. So untersuchte beispielsweise der von dem Büro in Bridgetown (Barbados) einberufene Karibische Koordinierungsmechanismus Methoden zur Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung in der karibischen Region, wobei es unter anderem um die maritime Zusammenarbeit, die Harmonisierung von Rechtsvorschriften und die Ausarbeitung wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche ging.

117. Die Unterstützung einer guten Staatsführung, insbesondere durch die Stärkung des einzelstaatlichen Justizwesens und des grundsatzpolitischen Rahmens, ist auch für die Förderung der reproduktiven Gesundheit und die Gleichberechtigung der Geschlechter unverzichtbar. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen leistete den Regierungen daher im Berichtsjahr entsprechende Hilfe und finanzierte Workshops und Lobbytätigkeiten zur Förderung dieser Ziele.

118. Der Beitrag des Welternährungsprogramms (WFP) zu einer guten Staatsführung hebt schwerpunktmäßig auf den Aufbau von Kapazitäten auf Gemeinwesenebene ab, wobei es vor allem darum geht, armen und von Krisen betroffenen Haushalten besseren Zugang zu Nahrungsmitteln zu verschaffen. Dazu muß in erster Linie durchgesetzt werden, daß das Recht auf Nahrung als ein grundlegendes Menschenrecht angesehen wird, dessen Verwirklichung wiederum eng mit der Machtgleichstellung der Frau zusammenhängt.

119. Die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten hat der Sammlung und Verbreitung grundlegender Daten über Staatsführung und öffentliche Verwaltung Vorrang eingeräumt, damit sie den Mitgliedstaaten bei der Politikformulierung und der Erarbeitung langfristiger Strategien behilflich sein kann. Darüber hinaus hat die Hauptabteilung den Austausch von Infor-

mationen über Praktiken und Politiken auf dem Gebiet der Reform des öffentlichen Sektors gefördert.

120. Glaubwürdige Wahlen sind das Kernstück einer guten Staatsführung und des Demokratisierungsprozesses. Im Laufe des vergangenen Jahres haben die Vereinten Nationen wieder Wahlhilfe geleistet und Hilfestellung bei der Stärkung der einzelstaatlichen Institutionen im Hinblick auf eine bessere Abwicklung des Wahlvorgangs gewährt. Seit August 1997 gingen bei den Vereinten Nationen von Armenien, Äquatorialguinea, der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien, El Salvador, Guinea, Guyana, Honduras, Kamerun, Lesotho, Mauritius, Nicaragua, Swasiland, Togo und der Zentral-afrikanischen Republik Anträge auf lang- oder kurz-fristige Wahlhilfe ein. Die Vereinten Nationen waren auch bei der Koordinierung und Unterstützung der internatio-

nen Beobachtung der am 26. Juli 1998 in Kambodscha abgehaltenen Wahlen zur Nationalversammlung behilflich.

121. Es wird immer schwieriger, unserer Verpflichtung zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, insbesondere in denjenigen Ländern nachzukommen, in denen die Bedürfnisse am größten sind. Unsere Agenda wird immer umfangreicher, unsere Mittel hingegen werden immer knapper. Die wirksame Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Teilen des großen Verbandes der Organisationen der Vereinten Nationen ist ein zwingendes Gebot, das wir entschlossen weiterverfolgen werden. Unsere Ziele können wir jedoch nur mit energischer Unterstützung seitens der Mitgliedstaaten erreichen.

III

Erfüllung der humanitären Verpflichtungen

122. Während des vergangenen Jahres waren auf humanitärem Gebiet trotz gravierender Finanzierungsengpässe greifbare Ergebnisse zu verzeichnen. Die Vereinten Nationen haben nicht nur wieder so gut und so schnell wie möglich humanitäre Hilfe geleistet, sie waren auch der Hauptkatalysator bei der Suche nach differenzierteren Methoden zur Linderung der Not von Zivilpersonen in komplexen Notsituationen sowie dabei, bei der Weltgemeinschaft so rasch wie möglich die entsprechenden Ressourcen zu beschaffen.

123. Leider gab es im vergangenen Jahr in mehreren Ländern neue Anzeichen einer weiteren Aushöhlung der Achtung vor den humanitären Grundsätzen. Das Recht notleidender Zivilpersonen, insbesondere von Kindern und Frauen, auf humanitäre Hilfe ist im humanitären Völkerrecht verankert. Nichtsdestoweniger wurde humanitären Organisationen der Zugang zu notleidenden Menschen verwehrt, und die gezielten Angriffe auf die Zivilbevölkerungen gingen weiter. Kriegführende Parteien haben ganze Bevölkerungsgruppen durch Einschüchterung zum Verlassen bestimmter Gebiete gezwungen. Unter der Kontrolle von Führern von Splittergruppen oder Bürgerkriegsparteien stehende Medien haben Angehörige verschiedener ethnischer oder religiöser Gruppen zu Haß und Mißtrauen aufgestachelt. Immer häufiger wurden Gewalttaten an humanitärem Hilfspersonal verübt, weil bewaffnete Gruppen in der unschuldigen Konfliktopfern geleisteten Hilfe eine Gefahr für ihre politischen Ziele sehen. Dies hat einen hohen Tribut gefordert: in diesem Jahr wurden erstmals mehr Angehörige des Zivil- als des Militärpersonals der Vereinten Nationen getötet. Ich habe einen Bericht in Auftrag gegeben, der darlegen soll, was getan werden kann, um die Sicherheit unserer Kollegen im Feld zu verbessern, es ihnen jedoch gleichzeitig zu ermöglichen, ihre lebenswichtigen Aufträge auszuführen.

124. Außerdem war dieses Jahr auch durch lebensbedrohliche ökologische Katastrophen gekennzeichnet. Das El-Niño-Phänomen, die Waldbrände in Brasilien und Indonesien, eine neue Dürre in Sudan, der Tsunami in Papua-Neuguinea und andere Katastrophen haben Tausende von Menschen das Leben gekostet. Sie haben der internationalen Gemeinschaft einmal mehr vor Augen geführt, wie anfällig viele Teile der Welt für Natur- und vom Menschen hervorgerufene Umweltkatastrophen sind. Die humanitären Folgen solcher Katastrophen sind häufig so groß, daß die Regierungen der einzelnen Staaten gar nicht damit rechnen können, allein damit fertigzuwerden.

125. Im Juli 1998 nahm der Wirtschafts- und Sozialrat in seine ordentliche Tagung erstmals einen speziell humanitären Fragen gewidmeten Teil auf, in dem er die Wichtigkeit der Achtung vor dem humanitären Völkerrecht und seinen Grundsätzen bekräftigte, seine Unterstützung für die Tätigkeit des Büros für die Koordinierung der humanitären Angelegenheiten bekundete und konkrete Ziele für künftige Schwerpunktbereiche festlegte.

Koordinierung der humanitären Maßnahmen

126. Das neue Büro für die Koordinierung der humanitären Angelegenheiten unter der Leitung des Unter-Generalsekretärs für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinators hat vor allem drei Kernaufgaben: die Politikausarbeitung und -koordinierung, die Vertretung humanitärer Interessen und die Koordinierung humanitärer Maßnahmen. Die operativen Aufgaben der ehemaligen Hauptabteilung Humanitäre Angelegenheiten wurden anderen Teilen des Systems der Vereinten Nationen übertragen. Der neueingesetzte Exekutiv Ausschuß für humanitäre Angelegenheiten unter dem Vorsitz des Nothilfekoordinators veranstaltet monatliche Zusammenkünfte zwischen den zuständigen Sekretariats-Hauptabteilungen (Büro für die Koordinierung der humanitären Angelegenheiten, Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze und Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte) und Vertretern der humanitären Organisationen der Vereinten Nationen, auf denen Grundsatzfragen der humanitären Tätigkeit der Vereinten Nationen angesprochen werden.

127. Der Ständige interinstitutionelle Ausschuß, dem Vertreter der wichtigsten humanitären Organisationen angehören, hat seine Rolle als Hauptmechanismus für die Koordinierung humanitärer Hilfsaktivitäten weiter ausgebaut. Der Ausschuß hat grundsätzliche Richtlinien zu Fragen wie dem Zusammenhang zwischen Menschenrechten und humanitären Maßnahmen und den humanitären Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen erstellt. Außerdem hat er aktiv an der Koordinierung der von VN-Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen ergriffenen Initiativen zur Unterstützung von Binnenvertriebenen sowie am Aufbau einer weltweiten Datenbank mitgewirkt.

128. Die Politikformulierung ist eine der drei Kernaufgaben des Büros für die Koordinierung der humanitären Angelegenheiten. Humanitäre Maßnahmen können wichtige politische, sozioökonomische und ökologische Auswirkungen haben. Das Büro hat zu den Anstrengungen beigetragen, die kontinuierlich unternommen werden, um eine kohärentere und besser integrierte Antwort auf komplexe Krisen zu gewährleisten, wie beispielsweise in Afghanistan, wo anhand eines "strategischen Rahmenplans" vorgegangen wird. Darüber hinaus hat es auf der Grundlage der Charta, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts klar definierte Grundsätze erarbeitet, die auf alle Aktivitäten der Vereinten Nationen in von Krisen heimgesuchten Ländern angewandt werden könnten.

III. Erfüllung der humanitären Verpflichtungen

129. Es gibt zahlreiche Gelegenheiten für eine Zusammenarbeit zwischen den auf dem Gebiet der humanitären Hilfe und den auf dem Gebiet der Menschenrechte tätigen Programmen. So kann beispielsweise die Fülle an Informationen, über die die humanitären wie auch die Menschenrechtsorganisationen verfügen, mit dazu beitragen, daß die Frühwarnkapazität der Vereinten Nationen verbessert wird, wodurch gewährleistet werden soll, daß der Bedarf an humanitärer und sonstiger Hilfe präziser ermittelt wird, und wodurch die Menschenrechtsprogramme in die Lage versetzt werden sollen, auf die Entwicklung der Situation in den einzelnen Ländern besser einzugehen.

130. Breite Kreise der internationalen Gemeinschaft sind bestrebt, dem Schaden, den Wirtschaftssanktionen schutzbedürftigen Teilen der Zivilbevölkerung in den sanktionierten Ländern zufügen, entgegenzuwirken. Im Februar bekundete der Ständige interinstitutionelle Ausschuß in einer dem Sicherheitsrat übermittelten Erklärung seine Besorgnis über die nachteiligen humanitären Auswirkungen von Sanktionen auf die Zivilbevölkerung und forderte nachdrücklich zur Ergreifung von Maßnahmen zu deren Minimierung auf. Durch das vor kurzem gegen Sierra Leone verhängte Embargo und insbesondere das gegen Burundi von seinen Nachbarstaaten verhängte regionale Embargo wird die Versorgung mit Nahrungsmitteln und sonstigem Gerät beeinträchtigt, die zur Milderung der humanitären Auswirkungen dieser Sanktionen benötigt werden. Auf ein Ersuchen des Sicherheitsrats hin wurden die möglichen und tatsächlichen humanitären Auswirkungen der gegen Sierra Leone und Sudan verhängten Sanktionen vor Ort evaluiert. In einer vom Ausschuß in Auftrag gegebenen Studie über eine humanere und wirksamere Handhabung der Sanktionen wurden konkrete Maßnahmen empfohlen, wie gegen die humanitären Auswirkungen von Sanktionen angegangen und die Bearbeitung von humanitären Ausnahmeregelungen erleichtert werden könnte. Der Ausschuß hat inzwischen eine Sachverständigengruppe eingesetzt, die die Methodik verfeinern und die Vereinten Nationen besser in die Lage versetzen soll, kurzfristig Folgenabschätzungsmissionen durchzuführen.

131. Das Koordinierungsbüro hat die Sammlung, Analyse und Verbreitung von Informationen weiter ausgebaut und integriert. Das Humanitäre Frühwarnsystem sammelt und analysiert Informationen aus verschiedenen Quellen, um potentielle Krisen aufzuzeigen, und verfaßt Kurzdarstellungen und Berichte darüber. Das im Feld angesiedelte Integrierte regionale Informationsnetz versorgt einen breiten Kreis von Interessenten der internationalen humanitären Gemeinschaft mit Informationen und Analysen aus regionaler Sicht. Die Webseite ReliefWeb (<http://www.reliefweb.int>) konsolidiert und verbreitet humanitäre Informationen aus über 170 Quellen, darunter auch von Organisationen der Vereinten Nationen, internationalen Organisationen, Regierungen, nichtstaatlichen Organisationen und anderen öffentlichen Quellen. Bis Ende 1997 wurden von Benutzern in über 140 Ländern

jeden Monat im Durchschnitt 200.000 Dokumente vom ReliefWeb abgefragt.

132. Während bei der Verbesserung des Prozesses der interinstitutionellen konsolidierten Beitragsappelle der Vereinten Nationen Fortschritte erzielt wurden, waren von den insgesamt erbetenen 2,05 Milliarden Dollar bis Mitte Juli 1998 lediglich 472 Millionen zugesagt worden, eingegangen oder aus dem Vorjahr übertragen worden. Zwischen September 1997 und August 1998 organisierte das Koordinierungsbüro konsolidierte Beitragsappelle für 10 komplexe Notsituationen (Afghanistan, Angola, Demokratische Volksrepublik Korea, ehemaliges Jugoslawien, Guinea-Bissau, Liberia, Sierra Leone, Somalia, Sudan und Tadschikistan) sowie einen Beitragsappell für das ostafrikanische Zwischenseengebiet und Zentralafrika, d.h. für Burundi, die Demokratische Republik Kongo, die Republik Kongo, Ruanda, Uganda und die Vereinigte Republik Tansania.

133. Die Zahl und der Umfang der Umweltkatastrophen haben beunruhigend rasch zugenommen. In Südostasien hatten sechs Länder schwer unter dem undurchdringlichen Rauch zu leiden, der hauptsächlich auf ausgedehnte Waldbrände in Indonesien zurückzuführen war. Darüber hinaus vernichteten im März 1998 Brände mehrere tausend Quadratkilometer Wald im brasilianischen Bundesstaat Roraima. Sie waren systematisch zu Rodungszwecken gelegt worden, wobei die durch das El-Niño-Phänomen hervorgerufene Dürre ihre Ausbreitung noch beschleunigte.

134. Zur Koordinierung der Antwortmaßnahmen auf 54 Natur- und Umweltkatastrophen, die zwischen September 1997 und August 1998 auftraten, gab das Koordinierungsbüro 151 Lageberichte heraus und erließ 26 internationale Hilfeappelle, aufgrund derer die internationale Gemeinschaft Barmittel, Sachmittel und Dienstleistungen im Werte von über 129 Millionen Dollar zur Verfügung stellte. Zehn Missionen wurden in die Katastrophengebiete entsandt, um bei der Bedarfsermittlung und bei der Koordinierung der Hilfsmaßnahmen behilflich zu sein.

135. Auf internationaler und nationaler Ebene müssen neue Regelungen getroffen werden, die sicherstellen, daß die Katastrophenvorbeugungsmaßnahmen im nächsten Jahrhundert mit einer wirksamen und kontinuierlichen koordinierten Unterstützung rechnen können. Das Sekretariat der Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung hat unter der Ägide des Koordinierungsbüros einen Aktionsplan für den Zeitraum 1998-1999 auf den Weg gebracht, der darauf ausgelegt ist, die in den letzten 10 Jahren bei den Katastrophenvorbeugungspolitiken erzielten Fortschritte zu bewerten, die sich im Hinblick auf das 21. Jahrhundert abzeichnenden Tendenzen aufzuzeigen und Leitlinien für die künftige internationale Zusammenarbeit bei der Katastrophenvorbeugung festzulegen.

Erbringung humanitärer Dienste

136. Ziel des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) ist es traditionell, auf den Gebieten Gesundheit,

III. Erfüllung der humanitären Verpflichtungen

Ernährung und Erziehung Dienstleistungen für Kinder und Frauen in Konfliktsituationen bereitzustellen.

1998 wurden verstärkte Anstrengungen unternommen, nach Maßgabe humanitärer Grundsätze allen Kindern in Not unparteiisch Hilfe zukommen zu lassen und ihre Grundrechte zu schützen. Das UNICEF war gemeinsam mit seinen Partnern bestrebt, diese Grundsätze in Ländern zur Anwendung zu bringen, in denen der Zugang zu humanitärer Hilfe problematisch ist, so unter anderem in Afghanistan, im östlichen Kongo, im südlichen Sudan und in Sierra Leone. Das UNICEF ist außerdem zur Zeit dabei, in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze Ausbildungsmaterial zu erarbeiten, in dem die Verantwortlichkeiten des Friedenssicherungspersonals gegenüber der Zivilbevölkerung im allgemeinen und im Hinblick auf die Rechte von Kindern und Frauen im besonderen dargestellt werden.

137. Ein Großteil der Einsätze des Welternährungsprogramms fällt ebenfalls unter das Kapitel humanitäre Hilfe. Im Mittelpunkt der von dem Programm 1997 geleisteten Katastrophenhilfe standen Einsätze in Konfliktsituationen, wobei die Hilfsmaßnahmen insgesamt 19,1 Millionen Flüchtlingen/ Rückkehrern und Binnenvertriebenen, den meisten davon Frauen und Kindern, zugute kamen. Das Programm gewährte Nahrungsmittelhilfe sowohl in lebensbedrohenden Situationen als auch im Rahmen von Wiederaufbauaktivitäten. Außerdem ging 1997 Nahrungsmittelhilfe an 10 Millionen Menschen, die unter Dürre- und Überschwemmungsfolgen zu leiden hatten. Sowohl Überschwemmungen als auch Dürre verschärften noch die landwirtschaftlichen Strukturprobleme in der Demokratischen Volksrepublik Korea, die 1997 zu den Nahrungsmittelhilfeempfängern zählte.

138. In über einem Dutzend anderer Länder wurden 1997 Einsätze herkömmlicherer Art zur Hilfeleistung bei Naturkatastrophen durchgeführt. In den Vorjahren mit mehreren nichtstaatlichen Organisationen und Regierungen geschlossene Verfügungsbereitschaftsabkommen wurden 1997 ausgiebig genutzt, um den erhöhten Anforderungen aufgrund einer anormalen Zahl von Naturkatastrophen gerecht zu werden. Für die Sahelregion und das südliche Afrika wurden 1997 großangelegte Eventualfallplanungen vorgenommen, um für Dürren gewappnet zu sein, die durch El Niño verursacht werden könnten.

139. Ein weiterer Anlaß zu ernster Sorge war im vergangenen Jahr die Gefährdung der persönlichen Sicherheit des Personals des Welternährungsprogramms, das zu einem großen Teil in von Kriegsereignissen geprägten Situationen tätig war. Sieben Mitarbeiter des Programms kamen 1997 bei der Ausübung ihres Dienstes ums Leben; 1998 war der Verlust weiterer sieben Mitarbeiter zu beklagen.

140. Zusätzlich zu seinen regulären Entwicklungsaktivitäten und den in diesem Kontext bereitgestellten Ressourcen führt das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) besondere Entwicklungsaktivitäten durch, die darauf ausgelegt sind, eine Verbindung zwischen humanitärer Hilfeleistung und Wiederaufbau- und Normalisierungsmaßnahmen herzustellen. Diese Aktivitäten werden zu 5 Prozent aus den Kernressourcen

des UNDP finanziert, die speziell für Länder in besond-deren Entwicklungssituationen vorgemerkt sind. Seit

September 1997 beteiligt sich das UNDP darüber hinaus auch an interinstitutionellen Bemühungen um eine Re-form der Minenräummaßnahmen der Vereinten Nationen und um eine entsprechende Politikformulierung und hat die Verantwortung für die Auseinandersetzung mit den sozioökonomischen Folgeerscheinungen von Minen und nicht zur Wirkung gelangten Kampfmitteln übernommen.

141. Im Oktober 1997 schuf ich das Büro des Irak-Programms, um darin alle Tätigkeiten des Sekretariats zusammenzufassen, die mit dem "Nahrungsmittel für Erdöl"-Programm nach Resolution 986 (1995) des Sicherheitsrats im Zusammenhang stehen. Mit dieser vorübergehenden Maßnahme soll den humanitären Bedürfnissen des irakischen Volkes so lange Rechnung getragen werden, bis Irak seinen Verpflichtungen aus den einschlägigen Sanktionsresolutionen nachkommt. Der Sicherheitsrat ermächtigte Irak, Erdöl zu exportieren und zwei Drittel der daraus erzielten Einnahmen für den Ankauf humanitärer Hilfsgüter zu verwenden. Im Rahmen des Programms wurde es möglich, Nahrungsmittel, medizinische Hilfsgüter und grundlegende Einsatzgüter für die Landwirtschaft, die Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung und die Elektrizitätsversorgung sowie in jüngster Zeit Ersatzteile für die Erdölindustrie zu kaufen. Im Februar 1998 empfahl ich eine erhebliche Ausweitung des Programms, woraufhin der Sicherheitsrat Irak ermächtigte, seine Erdölverkäufe auf 5,256 Milliarden Dollar pro Sechsmonatszeitraum zu steigern, verglichen mit 2 Milliarden Dollar in jedem der drei vorangegangenen Zeiträume. Da die Erdölpreise beträchtlich gesunken sind und Irak nur über begrenzte Exportkapazitäten verfügt, ist nicht damit zu rechnen, daß die Erdölverkäufe während des laufenden Zeitraums mehr als 3 Milliarden Dollar erbringen werden. Es gilt daher sicherzustellen, daß die Mittel zur Verfügung stehen, die für Nahrungsmittel, Medikamente und die für die Aufrechterhaltung der Erdölproduktion unerläßlichen Ersatzteile benötigt werden.

Flüchtlingshilfe

142. Schätzungen des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) zufolge ging die Gesamtzahl der Flüchtlinge, Vertriebenen und sonstigen von Kriegsereignissen betroffenen Personen 1997 um etwa 300.000 zurück und wurde am Ende dieses Jahres auf 22,3 Millionen beziffert. Eingeschlossen in dieser Zahl sind 12 Millionen Flüchtlinge, 950.000 Asylsuchende, 3,5 Millionen repatriierte Flüchtlinge in einer frühen Phase ihrer Wiedereingliederung und 5,9 Millionen Binnenvertriebene und andere Menschen, die zumeist aus von Kriegsereignissen betroffenen Gemeinwesen stammen. 1997 wurden insgesamt 900.000 Flüchtlinge entweder im Rahmen von UNHCR-Programmen repatriiert oder kehrten auf eigene Verantwortung heim. Häufig kamen die Flüchtlinge jedoch in prekäre oder brisante Situationen in Länder zurück, die gerade aus einem Konflikt hervorgingen oder die noch immer in eine Konfliktsituation verwickelt waren. Im ehemaligen

III. Erfüllung der humanitären Verpflichtungen

Jugoslawien gilt die größte Sorge des UNHCR nach wie vor der noch immer andauernden Vertreibung von etwa

1,8 Millionen Menschen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Region. Der Konflikt im Kosovo und die anhaltenden Spannungen im kroatischen Donauraum haben es erforderlich gemacht, daß das Flüchtlingsamt eine erneute Präsenz in der Region schafft, um Menschen, die aus diesen Gebieten fliehen, Hilfe zu gewähren.

143. Im westlichen Afrika führte die unsichere Lage in Guinea-Bissau und Sierra Leone zu Flüchtlingsströmen in die Nachbarländer; Guinea ist heute das Land mit einer der größten Flüchtlingsbevölkerungen Afrikas. Nun, da Liberia den Wiederaufbauprozess in Angriff nimmt, werden in der Region Aktivitäten zur Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit durchgeführt; zwischen Juli 1997 und Juli 1998 hat das Amt des Hohen Kommissars etwa 53.000 Flüchtlingen zur Rückkehr nach Liberia verholfen. In dem Bemühen, gegen die Ursachen der Flüchtlingsbewegungen im ostafrikanischen Zwischenseengebiet anzugehen und zu möglichen Lösungen zu gelangen, beriefen das UNHCR und die Organisation der afrikanischen Einheit im Mai in Kampala eine Konferenz ein, bei der es um die Frage ging, wie bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die Sicherheitsanliegen bestimmter Mitgliedstaaten der Flüchtlingsschutz erfolgen kann. Die Konferenz befaßte sich außerdem mit dem komplexen und schwierigen Verhältnis zwischen humanitärer Hilfe und Wiederaufbau und Entwicklung auf längere Sicht.

144. Bei seinen Bemühungen, den Bedürfnissen von Flüchtlingen und Rückkehrern in bezug auf ihre Wiedereingliederung und die Wiederherstellung normaler Lebensverhältnisse gerecht zu werden, steht das Flüchtlingsamt vor einer gewaltigen Aufgabe. Dennoch wächst

die Besorgnis, daß seine so außerordentlich wichtigen Einsätze wegen Finanzierungsausfällen maßgeblich zurückgeschraubt oder in einigen Fällen ganz ausgesetzt werden müssen. Dies gilt insbesondere für die Einsätze des UNHCR in Angola, Ruanda und Liberia.

145. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, das humanitäre Hilfe und Entwicklungsarbeit miteinander verbindet, gewährt auch weiterhin 3,5 Millionen Palästinaflüchtlingen in Jordanien, Libanon, der Syrischen Arabischen Republik sowie im Westjordanland und im Gazastreifen Hilfe und stellt ihnen soziale Dienste zur Verfügung. In Anbetracht dessen, daß der Haushalt des Hilfswerks, der für das Jahr 1998 314 Millionen Dollar beträgt, ein Defizit von 62 Millionen Dollar aufweist, dem seit 1993 chronische Haushaltsdefizite vorangegangen sind, sind Umfang und Qualität der von dem Hilfswerk erbrachten Dienstleistungen indessen weiter rückläufig.

146. Die Vereinten Nationen und ihre verschiedenen Hilfsorganisationen übernehmen bei internationalen Bemühungen zur humanitären Hilfeleistung trotz nahezu unüberwindlicher politischer und materieller Schwierigkeiten sowie gravierender Finanzierungsengpässe häufig die Führung. Der Schlüssel zur Linderung der vielfältigen Not, die durch anthropogene Katastrophen und Naturkatastrophen verursacht wird, liegt in der Einbindung dieser humanitären Anstrengungen in diejenigen Bemühungen, die auf politischer und wirtschaftlicher Ebene und im Entwicklungsbereich unternommen werden. Ausschlaggebend hierfür ist die wirksame Koordinierung zwischen den Organisationen der Vereinten Nationen und den Organisationen außerhalb des VN-Systems.

IV

Auseinandersetzung mit der Globalisierung

147. Rein geographisch gesehen, gibt es an der Globalisierung eigentlich nicht vieles, das neu wäre. Weltweit miteinander vernetzte menschliche Tätigkeiten gibt es schon seit Jahrhunderten. Neu ist indessen die Form der Globalisierung, deren Zeugen wir heute sind. So kann es beispielsweise sein, daß die Herstellung eines einzigen Automodells oder der globale Handel mit Finanzpapieren physisch über mehrere verschiedene Länder verstreut stattfindet. Diese weitverstreuten Aktivitäten vollziehen sich jedoch, als fänden sie alle an ein- und demselben Ort statt, die Verbindung zwischen ihnen besteht in Echtzeit, und sie folgen ihrer eigenen holistischen Logik – gleichgültig, ob diese Logik durch eine einzige Unternehmensstruktur oder durch Tausende von Kaufs- und Verkaufsaufträgen auf Computerbildschirmen und an Telefonen bestimmt wird. Des Weiteren haben sich demographische Entwicklungen im Verbund mit bestimmten Strukturen der Nutzung von Grund und Boden und des Energiekonsums schon immer auf örtliche und subregionale Ökosysteme ausgewirkt. Heute beeinflussen diese und andere, durch die Einwirkung des Menschen bedingte Faktoren in zunehmendem Maße die Ökologie der ganzen Erde – sei es durch den Abbau der Ozon-schicht, die globale Erwärmung oder die schwindende biologische Vielfalt. Und nicht zuletzt ermöglichen es die technischen Fortschritte und offenen Grenzen, die Unternehmen die grenzüberschreitende Produktion von Gütern und Dienstleistungen gestatten, auch terroristischen Zusammenschlüssen, Verbrechersyndikaten, Drogenhändlern und Geldwäschern, Zugriff auf die gesamte Welt zu nehmen.

148. Die Auseinandersetzung mit diesen neuen Dimensionen der Globalisierung kann nur multilateral, durch die Vereinten Nationen und andere internationale Institutionen, geschehen.

Die wirtschaftliche Dimension

149. Gemeinsam mit anderen multilateralen Organisationen sind die Vereinten Nationen darum bemüht, die normativen, rechtlichen und institutionellen Grundlagen zu stärken, die ein wirksames und faireres Funktionieren der Weltwirtschaft gestatten sollen. Diese Grundlagen sind unverzichtbar, um Stabilität und Berechenbarkeit zu gewährleisten und um sicherzustellen, daß alle Regionen der Welt, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder, aus der Expansion der Weltwirtschaft Nutzen ziehen können. Die internationale wirtschaftspolitische Agenda ist heute angefüllt mit komplexen Problemen, die in den späten 40er Jahren, als die Regeln für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit geschrieben wurden, unvorstellbar waren.

150. Von der Finanzkrise in Asien, die sich im vergangenen Jahr weiter zugespitzt hat, sind inzwischen Länder auf allen Kontinenten betroffen. Die Krise hat hohe soziale Kosten in Ostasien gefordert, die sich möglicherweise

über einen langen Zeitraum hinwegfortschreiben werden, und hat ernste Besorgnis über die Tätigkeit nicht regulierter Finanzmärkte ausgelöst. Am härtesten betroffen von der Krise sind die Schwächsten, und es besteht die ganz reale Gefahr, daß ein Großteil der Erfolge zunichte gemacht werden, die im Laufe der Jahre in dem Bemühen um die Reduzierung der Armut in der Region erzielt worden waren.

151. Bereits 1993 wurde im *World Economic Survey* (Weltwirtschaftsüberblick der Vereinten Nationen) Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, daß sich in einer Reihe von Entwicklungsländern große Mengen volatiler Finanzmittel ansammelten. Der *Trade and Development Report, 1997* (Handels- und Entwicklungsbericht 1997) ließ eine deutliche Warnung über die sich abzeichnende Situation in Ostasien ergehen. Und schon lange vor Beginn der Krise gab die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP) Länderstudien in Auftrag, um die Stärken, die Schwächen und die für eine bessere Steuerung des Finanzsektors notwendigen Abhilfemaßnahmen zu ermitteln. Mögliche Reaktionen auf die Krise wurden auf Tagungen erörtert, die von der ESCAP in Zusammenarbeit mit der Asiatischen Entwicklungsbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit den Regionalkommissionen abgehalten wurden.

152. Auf einer hochrangigen Sondertagung befaßte sich der Wirtschafts- und Sozialrat am 18. April 1998 mit Mitteln zur Verhütung solcher Krisen, oder, sollten Verhütungsstrategien fehlschlagen, zur Eindämmung der Krisenauswirkungen, und mit der Herbeiführung umfassenderer "internationaler wirtschaftlicher Sicherheit". Zu den Fragen, die auf der Tagung erörtert wurden, gehörten die allgemeine Gesundheit und Lebensfähigkeit des internationalen Finanzsektors, das Verhältnis zwischen Kreditnehmern und Kreditgebern und die Frage, wie die wichtigsten Ziele – Armutsbeseitigung und Entwicklung – erreicht werden können. An der positiven Atmosphäre, die bei der Debatte herrschte, wurde deutlich, daß alle Teilnehmer daran interessiert waren, ein umfassenderes Konzept der Krisenvorbeugung zu entwickeln als derzeit vorhanden, und die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Bretton-Woods-Institutionen zu verstärken.

153. In dem Versuch, über die derzeitige Krise hinaus zu denken, widmete der Rat seinen Hochrangigen Tagungsteil 1998 dem Thema des Marktzugangs im Kontext der Globalisierung und erörterte die Frage, wie sich die seit der Uruguay-Runde eingetretenen Entwicklungen auf die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder auswirken. In einem Ministerkommuniqué – dem ersten in der Geschichte des Rates – wurde betont, daß es gelte, über die Welthandelsorganisation weitere Anstrengungen zur Handelsliberalisierung zu unternehmen und

gleichzeitig den Entwicklungsländern verstärkte technische Hilfe zu gewähren. Im September 1998 wird die Generalversammlung zum ersten Mal einen Dialog auf hoher Ebene abhalten, der sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Globalisierung und Interdependenz und deren Konsequenzen für die Politikgestaltung befassen wird.

Die Umweltdimension

154. Der internationalen Zusammenarbeit kommt eine maßgebliche Rolle dabei zu, die potentiell schädlichen Auswirkungen der menschlichen Tätigkeit auf die Umwelt zum Stillstand zu bringen und umzukehren. Die Kommission für bestandfähige Entwicklung und das soeben neu gestärkte Umweltprogramm der Vereinten Nationen stehen im Mittelpunkt dieser Bemühungen.

155. Im Berichtsjahr war die Rolle der Industrie bei der Entwicklung von Strategien für eine bestandfähige Entwicklung für die Kommission von besonderem Interesse. Erstmals brachte die Kommission auf zwischenstaatlicher Ebene im Rahmen der Vereinten Nationen die Regierungen, den Privatsektor, die Gewerkschaften und die Organisationen der Zivilgesellschaft zu einem auf der Grundlage der Gleichberechtigung geführten Politikdialog zusammen. Aus diesem Dialog ging die Vereinbarung hervor, unter Beteiligung mehrerer Interessengruppen eine Überprüfung freiwilliger Initiativen zur Förderung ökologisch und sozial verantwortungsvoller Geschäftspraktiken und Investitionen vorzunehmen. Derartige Treffen werden künftig ein regulärer Bestandteil der Kommissionstagungen sein.

156. Im Juni 1997 behandelte die Generalversammlung auf ihrer "Rio + 5"-Sondertagung eine Studie, in der davor gewarnt wurde, daß zwei Drittel der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2025 mit Süßwasserknappheit und der Verschlechterung der Wasserqualität rechnen müßten, falls keine vorbeugenden Maßnahmen ergriffen würden; 1998 verfolgte eine Reihe internationaler Tagungen das Ziel, angemessene diesbezügliche Politikmaßnahmen aufzuzeigen. Auf einem anderen Gebiet beschloß das Zwischenstaatliche Forum der Kommission über Wälder auf seiner ersten Tagung im September 1997 ein dreijähriges Arbeitsprogramm, in dem auch die Behandlung eines möglicherweise zu verabschiedenden bindenden Rechtsinstruments für die bestandfähige Entwicklung von Wäldern und ihren Ressourcen vorgesehen ist.

157. Im Berichtsjahr wurde ein Protokoll zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ausgehandelt. Es legt rechtlich verbindliche Zielwerte für den Abbau von Treibhausgasen durch die Industrieländer fest und ist ein Schritt zur Bewältigung der großen Umweltprobleme, die mit der Globalisierung einhergehen.

158. Außerdem erzielten die Vereinten Nationen erhebliche Fortschritte bei der Ausarbeitung von zwei neuen internationalen Rechtsinstrumenten, die die sichere Behandlung gefährlicher Chemikalien gewährleisten sollen, die über Grenzen hinweg verbracht werden. Das erste

bezieht sich auf beständige organische Schadstoffe, die bioakkumulierbar sind und möglicherweise Krebs, Störungen der Fortpflanzungsfähigkeit, Schädigungen des zentralen und des peripheren Nervensystems sowie Krankheiten des Immunsystems verursachen und Entwicklungsstörungen bei Säuglingen und Kindern hervorrufen. Das Umweltprogramm leitete Verhandlungen über die Ausarbeitung eines internationalen bindenden Rechtsinstruments zur Verringerung der Risiken ein, die mit der Freisetzung von 12 Schadstoffen dieser Art einhergehen. Die erste Tagung des Verwaltungsausschusses wurde im Juni/Juli 1998 abgehalten.

159. Das zweite Rechtsinstrument betrifft den Handel mit gefährlichen Chemikalien und Pestiziden. Im März 1998 wurde nach zweijährigen Verhandlungen der Entwurf eines bindenden Rechtsinstruments fertiggestellt, das die vorherige Zustimmung zu diesem Handel in Kenntnis der Sachlage vorsieht. Damit wird eine Möglichkeit geschaffen, Informationen über diese risikofällige Form des Handels zu sammeln und zu verbreiten und darauf hinzuwirken, daß die exportierenden und die importierenden Länder sich in die Verantwortung teilen. Für September 1998 ist die Abhaltung einer diplomatischen Konferenz in Rotterdam (Niederlande) geplant, die das Übereinkommen verabschieden soll.

160. In Zusammenarbeit mit mehr als 200 Wissenschaftlern und einem internationalen Prüfersteam erstellten die Weltorganisation für Meteorologie und das Umweltprogramm gemeinsam eine aktualisierte wissenschaftliche Bewertung des Ozonabbaus. Darin wird festgestellt, daß die schützende Ozonschicht der Erde bei uneingeschränkter Umsetzung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts voll wiederhergestellt sein könnte. Außerdem geht daraus hervor, daß die Gesamtzahl aller ozonabbauenden Verbindungen in der Troposphäre 1994 ihren höchsten Stand erreichte und inzwischen langsam wieder zurückgeht. Ebenso wie ihre Vorläuferuntersuchung von 1994 schafft diese Bewertung die Grundlage für den wissenschaftlichen Konsens, der notwendig ist, um die internationale Zusammenarbeit zum schrittweisen Verbot der Verwendung von ozonabbauenden Stoffen zu steuern.

161. Auf dem Gebiet der biologischen Vielfalt hielt die Allen Mitgliedstaaten offenstehende Ad-hoc-Arbeitsgruppe über biologische Sicherheit im Berichtsjahr drei Tagungen ab, um weiter an den Verhandlungsgrundlagen für ein Protokoll über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt zu arbeiten. Die Globale Umweltfazilität hat sich bereit erklärt, ein größeres Pilotprojekt zu finanzieren, das von dem VN-Umweltprogramm durchgeführt werden soll und den Entwicklungs- und Übergangsländern Hilfe auf dem Gebiet der biologischen Sicherheit gewähren wird.

162. Den regionalen multilateralen Organisationen kommt im Umweltbereich nach wie vor eine wichtige Rolle zu. Beispielsweise kam der Ausschuß für Verhandlungen über beständige organische Schadstoffe

überein, als Grundlage für weltweite Maßnahmen auf Protokolle zurückzugreifen, die von der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) aufgestellt worden waren. Gleichmaßen wurde soeben im Rahmen der ECE ein internationales Übereinkommen zur Ausarbeitung weltweiter technischer Kraftfahrzeugnormen verabschiedet, das zur Herstellung von Fahrzeugen führen dürfte, die hohen Sicherheits- und Umweltschutznormen genügen.

Die "unzivile" Gesellschaft

163. Die Globalisierung der elektronischen Kommunikation trägt zur Schaffung einer derzeit noch in den Kinderschuhen steckenden globalen Zivilgesellschaft bei, die am augenfälligsten durch die ständig wachsende Zahl nichtstaatlicher Organisationen vertreten wird, die sich mit Umwelt-, Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedensfragen beschäftigen. Dieselben Kräfte, die die Entstehung einer globalen Zivilgesellschaft ermöglichen, erleichtern es leider aber auch "unzivilen" Elementen, grenzüberschreitende Dimensionen anzunehmen.

164. In vielen Ländern stellen kriminelle Organisationen und Drogenhandelssyndikate mit grenzüberschreitenden Verbindungen eine schwere Bedrohung für Regierungen und Völker dar. Im Juni 1998 veranstaltete die Generalversammlung eine Sondertagung, um sich mit dem weltweiten Drogenproblem und den damit zusammenhängenden Gefahren auseinanderzusetzen. Die Tagung erzielte Konsens darüber, daß die sinnvollste Politik ein ausgewogener Ansatz zur Drogenbekämpfung sei, welcher der Reduzierung von Nachfrage wie Angebot gleiche Priorität einräumt, und Bauern, die für die Suchtstoffherzeugung geeignete Pflanzen anbauen, alternative Anbaumöglichkeiten bietet.

165. Die operativen Folgemaßnahmen zu der Sondertagung werden die wichtigsten internationalen Finanzinstitutionen mit einbeziehen. Sie werden außerdem dem Programm der Vereinten Nationen für die internationale Drogenbekämpfung die notwendigen Mittel an die Hand geben, damit es den Ländern bei der wirksameren Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Senkung des Angebots an unerlaubten Drogen behilflich sein kann. Das Programm überwacht und analysiert die sich verändernden Strukturen des Drogenhandels, unterhält Verbindungen zu Drogenbekämpfungssachverständigen aus anderen Organisationen und hilft den Regierungen dabei, ihre Kapazitäten im Grenzschutz und im Aufspüren von Drogen auszubauen. Darüber hinaus hat es ein weltweites Schulungs- und technisches Hilfsprogramm aufgestellt, durch welches das Bewußtsein für das Problem der das

führt das Programm die Ordnungsbehörden benachbarter Geldwäsche geschärft, der Erlaß und die Anwendung wirksamer einzelstaatlicher Rechtsvorschriften gefördert und die Fähigkeit von Polizei, Staatsanwälten, Richtern und Bankenaufsichtsbehörden verbessert werden soll, auf die sich rasch verändernden Modalitäten der Finanzkriminalität zu reagieren.

166. Außerdem unterhält das Programm eine Internationale Datenbank für die Bekämpfung der Geldwäsche, ein weltweites Kompendium von Rechtsvorschriften und Verfahren zur Bekämpfung der Geldwäsche, das Bestandteil des Internationalen Netzwerks für Informationen über Geldwäsche ist, sowie eine Bibliothek und ein Forum für den Informationsaustausch zwischen internationalen Organisationen und anderen interessierten Parteien. Ferner hat das Drogenbekämpfungsprogramm ein globales System für den Datenaustausch mit anderem am Kampf gegen die internationale Kriminalität beteiligten internationalen Organisationen errichtet. So ist seine Datenbank beispielsweise mit Interpol und der Weltzollorganisation verknüpft. Auf regionaler Ebene führt das Programm die Ordnungsbehörden benachbarter Länder zusammen, um regionspezifische Probleme und Wege zu ihrer Bewältigung zu erörtern. In drogenerzeugenden Ländern arbeitet es mit den Regierungen und den ländlichen Gemeinden zusammen, um ihnen den Übergang zu legalen Ersatzanbaukulturen zu erleichtern, und fördert zukunftsfähige agroindustrielle Sektoren.

167. Im Berichtsjahr ergriff die Generalversammlung bedeutsame Maßnahmen, um der vom Terrorismus ausgehenden Bedrohung entgegenzutreten. Im Dezember 1997 verabschiedete sie das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung von terroristischen Bombenanschlägen. Als nächstes wird sich der Sechste Ausschuß mit einem internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung von nuklearen terroristischen Handlungen befassen.

168. In unserer zunehmend vernetzten Welt bewegen sich die Kräfte des Guten und des Bösen mit gleicher Geschwindigkeit und Leichtigkeit. Die Globalisierung birgt ein immenses Potential zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen, doch sie kann auch störende und zerstörerische Auswirkungen auf den Menschen haben. Wer nicht akzeptiert, daß sie alles durchdringt und allgegenwärtig ist, verliert oft den Anschluß. Es ist unsere Aufgabe, dies zu verhindern und dafür zu sorgen, daß die Globalisierung zu Fortschritt, Wohlstand und Sicherheit für alle führt. Es ist meine Absicht, daß die Vereinten Nationen hierbei die Führungsrolle übernehmen.

Stärkung der internationalen Rechtsordnung

169. Der Gedanke, daß die internationale Ordnung auf Rechtsnormen und Regeln gegründet sein sollte, hat sich erst in schwachen Ansätzen durchgesetzt, gewinnt aber immer mehr an Boden. Ein wachsender Katalog von handelsrechtlichen Vorschriften und anderen regelgestützten Rahmenwerken ermöglicht die Expansion globaler Märkte. Multilaterale Verträge befassen sich mit Problemen, die die globalen Gemeingüter ebenso betreffen wie Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Den Vereinten Nationen kommt eine einzigartige Rolle bei der inhaltlichen Abgrenzung und dem Schutz der Menschenrechte zu. In der Tat sind wir uns 1998, dem Jahr, in dem wir den fünfzigsten Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte begehen, mehr denn je unserer Verantwortung auf diesem Gebiet bewußt.

170. Es ist daher angemessen, daß ebenfalls im Jahr 1998 in Rom das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs verabschiedet wurde. Der Konferenz von Rom ist es gelungen, eine Instanz zu schaffen, die lange Zeit als das fehlende Glied in der internationalen Rechtsordnung bezeichnet wurde: einen ständigen Gerichtshof, der über die schwersten, die internationale Gemeinschaft als Ganzes angehenden Verbrechen richten soll – Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression.

Das System der Menschenrechte

171. Während flagranten Menschenrechtsverletzungen auch weiterhin unsere Sorge gilt, ist indessen der Gedanke, daß Mehrheitsinteressen durchgesetzt werden können, indem die Rechte einiger weniger verletzt werden, eine Illusion, die am Ende dieses Jahrhunderts glücklicherweise weit weniger verbreitet ist als in früheren Zeiten. Wenn die Rechte des einzelnen nicht geschützt werden, erleidet die Gesellschaft als Ganzes Schaden. Persönliche Freiheiten verlieren jedoch durch Bürgerkriege, durch wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Entbehrungen oder vielfach sogar durch eine Kombination aller dieser Faktoren nahezu jede Bedeutung.

172. Aus diesen Gründen habe ich wiederholt betont, daß die Förderung der Menschenrechte nicht behandelt werden darf, als wäre sie losgelöst von den anderen Tätigkeiten der Vereinten Nationen. Sie ist vielmehr der gemeinsame Faden, der alle diese Tätigkeiten durchzieht, insbesondere jede Phase unserer auf Frieden und Sicherheit ausgerichteten Arbeit, von der Konfliktverhütung bis zur Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit und darüber hinaus. Die Menschenrechtsorgane beteiligen sich an der Frühwarnung und den vorbeugenden Maßnahmen, und Menschenrechtserwägungen fließen zunehmend in unsere Krisenmaßnahmen ein. Wir sind bestrebt, alle Beteiligten an Friedenssicherungs- und humanitären Einsätzen in Menschenrechtsfragen zu schulen und ergänzende Menschenrechtsfeldmissionen auf eine solidere finanzielle Grundlage zu stellen. Der Aufbau oder Wiederaufbau einzelstaatlicher Infrastrukturen zum Schutz der Menschenrechte bildet den Kern des

gesamten Konzepts der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit. Schließlich sind wir bestrebt, Menschenrechtsinstitutionen auch dann weiter zu unterstützen, wenn ein Land die Phase der Friedenskonsolidierung bereits durchlaufen hat. Der kritische Zusammenhang zwischen Menschenrechten, Weltfrieden und internationaler Sicherheit wird immer besser verstanden. Menschenrechtsverletzungen in großem Maßstab sind nicht allein das Ergebnis, sondern auch eine wesentliche Ursache von bürgerkriegsartigen Konflikten und Konflikten zwischen Volksgruppen.

173. Im vergangenen Jahr haben die Vereinten Nationen auch damit begonnen, das Konzept einer auf Rechte gestützten Entwicklung anzuwenden, das den Staaten und den internationalen Organisationen zu einem entwicklungspolitischen Umdenken verhelfen soll. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen hat das Recht auf Entwicklung zu einem grundlegenden Ziel und die Förderung der Achtung der Menschenrechte zu einem zentralen Bestandteil der Entwicklungshilfe erklärt. In ähnlicher Weise läßt sich das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) bei seiner Tätigkeit von dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes leiten.

174. Im Rahmen des Konzepts einer auf Rechte gestützten Entwicklung werden Situationen nicht einfach nur daran gemessen, inwieweit die menschlichen Bedürfnisse oder die entwicklungspolitischen Erfordernisse erfüllt werden, sondern auch daran, inwieweit die Gesellschaft ihrer Verpflichtung nachkommt, den unveräußerlichen Rechten des einzelnen gerecht zu werden. Es gibt den Menschen eine Handhabe dafür, Gerechtigkeit als ein Recht einzufordern, anstatt sie als Almosen zu erbitten, und den Gemeinwesen eine moralische Grundlage, auf der sie bei Bedarf internationale Hilfe in Anspruch nehmen können.

175. Am 26. Juni 1998 beging die internationale Gemeinschaft den ersten Internationalen Tag der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Opfer der Folter. Der Freiwillige Fonds der Vereinten Nationen für Opfer der Folter leitet humanitäre Unterstützung an eine wachsende Zahl von Organisationen weiter, die jährlich den Opfern der Folter helfen. Dank einer beträchtlichen Erhöhung der von den Regierungen erhaltenen Beiträge wird der Fonds im Zeitraum 1998-1999 mehr als 4 Millionen Dollar an etwa 100 Organisationen auszahlen, die weltweit rund 60.000 Opfern der Folter medizinische, psychologische, soziale, finanzielle und rechtliche Unterstützung zukommen lassen. Um diese so außerordentlich wichtige Tätigkeit zu fördern, rufe ich die Mitgliedstaaten auf, soweit sie es noch nicht getan haben, das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe zu ratifizieren.

Die internationalen Strafgerichte

176. Die beiden internationalen Ad-hoc-Gerichte, das Internationale Gericht für das ehemalige Jugoslawien in

Den Haag und das Internationale Gericht für Ruanda, haben bewiesen, daß die Einrichtungen der internationalen Rechtspflege Schlagkraft besitzen.

177. In der Tat kommt diesen Gerichtsverfahren kaum zu überschätzende historische Bedeutung zu. Das Gericht für Ruanda ist das erste internationale Gericht, das sich spezifisch mit dem Verbrechen des Völkermords befaßt. Mit dem Urteil im Prozeß gegen Jean-Paul Akayesu und dem Strafurteil gegen einen ehemaligen Premierminister von Ruanda, Jean Kambanda, der sich schuldig bekannt hatte, erging erstmals seitens eines internationalen Gerichts ein solches Urteil über den Tatbestand des Völkermords. Ohne dieses Gericht und die internationale Zusammenarbeit, die ihm zuteil geworden ist, wären die genannten Personen sowie andere noch Abzuurteilende, die allesamt aus Ruanda geflohen sind, sicherlich dem Zugriff der Gerechtigkeit entkommen.

178. Mit Stand von August 1998 war vor den beiden Gerichten Klage gegen nahezu 100 Personen erhoben worden – 60 vor dem Internationalen Gericht für das ehemalige Jugoslawien und 36 vor dem Internationalen Gericht für Ruanda. Im Falle des ehemaligen Jugoslawien befanden sich 28 der Angeklagten in Haft, fünf Verhandlungen waren im Gang und zwei Angeklagte waren bereits verurteilt worden. Im Falle Ruandas befanden sich neben dem ehemaligen Premierminister Kambanda, fünf ehemaligen Ministern und anderen ranghohen Politikern und Militärs 31 Personen in Haft, darunter zahlreiche der mutmaßlichen Rädelsführer des Völkermords in Ruanda.

179. Damit die beiden Gerichte ihren erheblich gestiegenen Arbeitsanfall bewältigen und über Gebühr lange Prozeßverzögerungen vermeiden können, wurde ihre jeweilige Kapazität erweitert, und demnächst werden zusätzliche neue Richter gewählt.

Der Internationale Strafgerichtshof

180. Nach mehr als 50 Jahren, in denen Hoffnung sich immer wieder mit Verzweiflung mischte, und nach fünfwöchigen Beratungen von Vertretern aus 159 Staaten wurde am 17. Juli von der Konferenz der Vereinten

Nationen zur Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs das Römische Statut verabschiedet. Sein Ziel ist es, der weltweiten Kultur der Straflosigkeit ein Ende zu setzen – einer Kultur, in der es leichter ist, jemanden wegen des Mordes an einem einzigen Menschen vor Gericht zu stellen als wegen des Mordes an 100.000. Mehr als 200 nichtstaatliche Organisationen nahmen an dem Beratungsprozeß teil – ein beispielloses Maß an zivilgesellschaftlicher Mitwirkung an einer rechtsetzenden Konferenz.

181. Obwohl es vielen lieber gewesen wäre, wenn der Gerichtshof mit weiterreichenden Befugnissen ausgestattet worden wäre, sollte man den erzielten Durchbruch nicht schmälern. Das Statut sieht vor, daß die Vertragsstaaten erklären, daß sie die Zuständigkeit des Gerichtshofs für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression annehmen.

182. Es bietet sich uns hier eine Chance, im Namen der Menschenrechte und der Herrschaft des Rechts einen gewaltigen Schritt nach vorn zu tun. Die größte Herausforderung besteht nun darin, die Staaten dazu zu bewegen, das Statut zu ratifizieren und anzuwenden. Dieses wird bis zum 31. Dezember 2000 weiter zur Unterzeichnung aufliegen. Ich hoffe inständig, daß es bis dahin von einer großen Mehrheit der Mitgliedstaaten unterzeichnet und ratifiziert werden wird, damit der Gerichtshof über unbestrittene Autorität und eine möglichst umfassende Gerichtsbarkeit verfügt.

183. Die Vereinten Nationen sind zwar ein Zusammenschluß souveräner Staaten, doch die Rechte, zu deren Schutz und Förderung sie bestehen, sind Rechte von Menschen. Daraus folgt, daß die Menschen, wo auch immer sie leben, die Verantwortung dafür haben, mit dazu beizutragen, daß die Menschenrechtsideale gewahrt werden. Die Mitwirkung der Zivilgesellschaft an der Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs war ein leuchtendes Beispiel dafür, was Menschen, die von ihrem Glauben an diese Ideale inspiriert sind, zu leisten vermögen. Die Stimmen der Menschen waren es, die uns in Rom zusammengeführt haben; sie sind es auch, die dieses Geschenk der Hoffnung an die kommenden Generationen weitergeben.

VI

Steuerung des Wandels

184. Die Vereinten Nationen sind eine große, heterogene und außerordentlich komplexe Organisation. Die Verwaltung ihrer zahlreichen Tätigkeiten und die Verbreitung ihrer Botschaft sind wichtige Aufgaben. Gerade in diesen Bereichen werden viele der schwierigsten Reformanstrengungen unternommen. Ihr Gelingen ist unbedingt notwendig, wenn wir im neuen Jahrtausend unseren Zielbestimmungen gerecht werden wollen.

Eine Kultur der Kommunikation schaffen

185. Für die fortlaufende Neubelebung der Vereinten Nationen ist es von entscheidender Bedeutung, die Kommunikation in den Mittelpunkt des strategischen Managements der Organisation zu stellen. Damit die Ziele dieser Neubelebung klar verstanden werden, muß die gesamte Organisation von einer Kultur der Kommunikation durchdrungen sein. Diese Kultur, gestützt durch entsprechende institutionelle Vorkehrungen, wird die Organisation in die Lage versetzen, kohärenter und wirkungsvoller mit ihrem weltweiten Publikum zu kommunizieren.

186. Die Hauptabteilung Presse und Information (DPI) ist federführend bei der Umsetzung der neuen Kommunikationsstrategie, die von einer von mir im vergangenen Jahr eingesetzten hochrangigen Arbeitsgruppe vorgeschlagen wurde. Die Strategie ist darauf ausgerichtet, die Verbindungen zwischen den Vereinten Nationen, den Medien und breiten Teilen der Zivilgesellschaft zu verbessern. Die Umsetzung dieser Strategie verlangt von uns, nach neuen Mitteln und Wegen zu suchen, mit denen wir die Vereinten Nationen nach außen darstellen und ihre Erfolge hervorheben können. Zu diesem Zweck arbeiten Organisationseinheiten des DPI und des Sekretariats zusammen, um auf die nachrichtenwirksamen Aspekte der VN-Tätigkeit konzentrierte Informationskampagnen zu entwickeln und durchzuführen. Innerhalb des DPI ist eine Strategische Planungsgruppe für Kommunikation geschaffen worden, die den Untergeneralsekretär dabei unterstützen soll, Ziele und Strategien aufzustellen und gezielt mit den Medien, den nichtstaatlichen Organisationen, den Hochschulen, der Wirtschaft und der Jugend in Kontakt zu treten.

187. Was die Stärkung der Partnerschaften der Vereinten Nationen in der ganzen Welt angeht, ist das Internet deshalb zu einem unverzichtbaren Werkzeug geworden, weil es bei allen medienbezogenen Aktivitäten in erster Linie auf Schnelligkeit ankommt und weil das Internet ein riesiges neues Publikum erschließt. In Zukunft wird die VN-Webseite mehr Hörfunk- und Videomaterial, einschließlich regelmäßig aktualisierter Radionachrichten,

enthalten, ein Forum für Online Diskussionen mit VN-Sachverständigen anbieten und den Absatz von Veröffentlichungen und Materialien der Vereinten Nationen fördern.

188. Die wegen ihres Inhalts und ihrer Benutzerfreundlichkeit mit einer Reihe von Auszeichnungen bedachte VN-Webseite (<http://www.un.org>) wird derzeit auf alle sechs Amtssprachen erweitert. 1997 wurde mehr als vierzigmillionenmal auf die Webseite zugegriffen; 1998 wird sich diese Zahl mehr als verdoppeln. Eine Webseite, die eigens aus Anlaß der vor kurzem in Rom abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen zur Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs eingerichtet wurde, stellte ohne Zeitverlust Nachrichten und Bilder für die Medien und andere Interessenten zur Verfügung, die dieses Thema genau verfolgten. In den ersten beiden Wochen ihres Bestehens wurde mehr als dreihundertachtzigtausendmal auf diese Webseite zugegriffen.

189. Im Rahmen der Bestrebungen, in allen Tätigkeitsbereichen der Vereinten Nationen moderne Kommunikations- und elektronische Veröffentlichungstechnologien einzusetzen, sind die Informationszentren und -dienste der Vereinten Nationen nun sowohl mit dem Amtssitz als auch untereinander elektronisch verbunden und ermöglichen damit einen sofortigen und kostengünstigen Zugriff auf Nachrichten, Dokumente und Nachschlagewerke der Vereinten Nationen. Mehrere Informationszentren haben eigene Webseiten für ihr Publikum vor Ort eingerichtet. An einer anderen Front werden die Informationszentren mit den Ortsbüros des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen integriert.

190. Die Druck- und audiovisuellen Erzeugnisse der Hauptabteilung Presse und Information sind, was Inhalt, Aufmachung und Aktualität betrifft, zunehmend auf die sich wandelnden Bedürfnisse der Medienmultiplikatoren zugeschnitten. Auch dabei haben sich die Einführung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen auf der VN-Webseite und die rasche Abspeicherung von Digitalfotos und Druckerzeugnissen, die weltweit über die Tätigkeit der Organisation informieren, als hilfreich erwiesen. Wir untersuchen soeben die Möglichkeit, einen internationalen Hörfunkdienst einzurichten, der dem gesamten VN-System kostengünstig Informationen bereitstellen würde, insbesondere zur Unterstützung von Einsätzen auf dem Gebiet der Friedenssicherung und der humanitären Nothilfe.

191. Ungeachtet der enormen Möglichkeiten, die das Internet bietet, sind Druckerzeugnisse nach wie vor das einflußreichste Medium zur Verbreitung von Ideen und Meinungen. Die Veröffentlichungen des DPI werden mit Hilfe von Leserumfragen ständig überprüft und ver-

bessert. Zu den Neuerungen gehören eine leserfreundlichere Ausgabe der *Basic Facts about the United Nations* und die Umwandlung der Zeitschrift *UN* außerdem wichtige Nachrichten veröffentlicht. Die Zeitung *Development Business* hat in Zusammenarbeit mit der Weltbank die elektronische Fassung *Development Business Online* aufgelegt. Der Verkauf von Veröffentlichungen der Vereinten Nationen nimmt weiter zu und steht unter den einnahmenerzeugenden Tätigkeiten der Organisation an erster Stelle.

192. Gezieltes Zugehen auf junge Menschen ist ausschlaggebend, wenn die Vereinten Nationen auch in Zukunft ihre Relevanz bewahren wollen. Das DPI räumt Bildung und Jugend einen besonderen Stellenwert ein. Zu diesem Zweck veranstaltet es Führungen, gibt Veröffentlichungen heraus, hält Seminare ab, die für Lehrer und Schüler bestimmt sind, und organisiert Sonderveranstaltungen wie den Schülertag bei den Vereinten Nationen und ein jugendorientiertes Programm am Tag der Menschenrechte. Der CyberSchoolBus, das Online-Bildungsprojekt des DPI, erreicht Tausende von Schülern in mehr als 60 Ländern und ist die beliebteste Seite im Internetangebot der Vereinten Nationen.

193. In seinem Bestreben, der Organisation weltweit breitere öffentliche Unterstützung zu verschaffen, arbeitet das DPI eng mit nichtstaatlichen Organisationen zusammen. Darüber hinaus ist es im Begriff, seine Kontakte mit Forschungsinstitutionen und Hochschulen, dem Privatsektor, Jugendgruppen und führenden Kommunikationspersönlichkeiten in der ganzen Welt auszubauen. Im September 1997 brachte die alljährliche Konferenz der Hauptabteilung Presse und Information und der nichtstaatlichen Organisationen, auf der die fünfzigjährige Partnerschaft zwischen den Vereinten Nationen und den nichtstaatlichen Organisationen gefeiert wurde, mehr als 1.800 Teilnehmer aus 61 Ländern an den Amtssitz der Vereinten Nationen. Das im November 1997 abgehaltene zweite Weltfernsehforum der Vereinten Nationen fand unter Beteiligung einer Reihe bekannter Fernsehpersönlichkeiten statt und bot eine Plattform für einen produktiven Fachdialog.

Verwaltung und Management

194. Die Hauptabteilung Management legt auch weiterhin das Hauptgewicht auf die Schaffung einer zielgerichteten und ergebnisorientierten Organisation, was ein besseres Personalmanagement und eine bessere Verwaltung des Programms der Organisation erfordert.

195. Im vergangenen Jahr setzte die Hauptabteilung eine breite Vielfalt von Initiativen in die Tat um. Die Programmleiter führten Managementüberprüfungen durch, um die Ausführung der mandatsgemäßen Programme zu verbessern, die Dienstleistungen für die Mitgliedstaaten auszubauen und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie ihre Programme im Rahmen knapper Haushaltsmittel durchgeführt werden können.

Chronicle in ein lebendiges Meinungs- und Diskussionsforum, das

196. In Zukunft wird größeres Gewicht darauf gelegt werden, welche Ergebnisse die Organisation erzielen will, anstatt darauf, welche Mittel eingesetzt und welche instrumentellen Maßnahmen getroffen werden sollen. Mit Hilfe ergebnisorientierter Haushaltsverfahren sollen die Schwachstellen im Programmplanungs-, Haushalts-, Überwachungs- und Evaluierungskreislauf ausgeräumt werden. Anhand von Evaluierungsstudien soll festgestellt werden, inwieweit die beabsichtigten Ergebnisse tatsächlich erzielt wurden, womit den Mitgliedstaaten eine Handhabe gegeben wird, über die Relevanz und den bleibenden Wert von Programmen und Unterprogrammen zu entscheiden.

197. Die Senkung der Verwaltungskosten und die Umschichtung von Ressourcen wird finanzielle Mittel für das Entwicklungskonto freisetzen, mit dem innovative Tätigkeiten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich finanziert werden können. Zu diesem Zweck wird die Verwaltungsbürokratie der Vereinten Nationen zur Zeit einer kritischen Prüfung unterzogen, wobei das Augenmerk insbesondere auf die Vereinfachung und Rationalisierung von Verfahren, auf den Abbau von Verwaltungsredundanzen durch die Übertragung von mehr Verantwortung auf die Programmleiter, die vollständige Computerisierung der Vereinten Nationen, die Modernisierung der Funktionen des Sekretariats und die Einstellung von nicht mehr wirklich nützlichen Tätigkeiten gerichtet ist.

198. Annähernd 1.000 Stellen wurden im Programmhaushaltsplan für 1998-1999 gestrichen. Drei Hauptabteilungen wurden zu einer zusammengefasst, während eine andere Hauptabteilung zu einer unabhängigen Dienststelle umgestaltet wurde. Außerdem setzte ich eine Arbeitsgruppe über Personalfragen ein, die eine intensive Überprüfung der kritischen Fragen vornahm, denen die Organisation im Personalbereich gegenübersteht. Die Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe werden die Organisation besser befähigen, ein genaueres Bild von ihrem Personalbedarf zu gewinnen, den Rekrutierungsprozeß erheblich zu beschleunigen, eine bessere Laufbahnplanung einzuführen und fortlaufende Aus- und Fortbildungsprogramme für die Bediensteten einzurichten, die gewährleisten sollen, daß die Qualifikationen der Mitarbeiter den sich wandelnden Anforderungen entsprechen. Die Schaffung einer ergebnisorientierten, leistungsstarken Organisation erfordert mehr Investitionen in die Humanressourcen. Gezielte Lern- und Weiterbildungsprogramme werden zur Zeit im gesamten Sekretariat für Bedienstete aller Rängebenen angeboten. Eine Änderung des Leistungsbeurteilungssystems und sonstige Initiativen sind unverzichtbare Bestandteile unserer Bemühungen um die Einführung einer ergebnisorientierten Arbeitskultur.

199. Alle Ständigen Vertretungen bei den Vereinten Nationen in New York sind jetzt über das Internet mit den Vereinten Nationen verbunden und können so auf die VN-Webseite und alle Dokumente im optischen Speicherplattensystem zugreifen. Virtuelle Online-Konferenzen

treten ergänzend zu Videokonferenzen hinzu; dadurch fallen weniger Reisen an und können flexiblere Tagungsvorkehrungen getroffen werden. Den gesamten Arbeitsablauf erfassende elektronische Dokumentenverwaltungssysteme und sonstige Softwareprogramme erleichtern den Übergang zu einer papierfreien Büroumwelt. Diese Maßnahmen zur vollständigen Computerisierung der Vereinten Nationen werden in Zukunft noch erweitert.

200. Um die Reformen im Managementbereich zu festigen und weiter voranzutreiben, wird die Hauptabteilung Management einer Reihe von Überlegungen Rechnung tragen müssen. In erster Linie muß sichergestellt werden, daß alle Bediensteten voll und ganz hinter den Reforminitiativen stehen und daran mitwirken. Während der Übergangsphase steht die Hauptabteilung Management vor allem vor der Herausforderung, dafür Sorge zu tragen, daß ausreichend Zeit und Mittel in die Aufrechterhaltung der personellen Ausstattung sowie der Produktivität und Moral der Mitarbeiter investiert werden. Dementsprechend müssen ausreichende Möglichkeiten der Personalentwicklung und attraktive Beschäftigungsbedingungen gewährleistet werden. Die weitere Unterstützung der Mitgliedstaaten für meine Managementinitiativen wird die Bemühungen, die das Sekretariat in dieser Hinsicht unternimmt, erheblich erleichtern, ebenso wie ihre Unterstützung für Flexibilität, Programmleiterinitiative und bedarfsgesteuerte Anpassungen beim Programmvollzug dazu beitragen wird, die Verwirklichung der Managementreformen und die Ausführung der mandatsgemäßen Programme zu beschleunigen.

201. Die finanzielle Lage und Zukunftsaussichten der Organisation sind im vergangenen Jahr bestenfalls unverändert geblieben. Wie auch in früheren Jahren geht aus den Projektionen für 1998 hervor, daß die gesamten Barreserven der Organisation weiter zurückgehen werden, und zwar von 669 Millionen Dollar Ende 1997 auf ungefähr 577 Millionen Dollar, wobei der ordentliche Haushalt erneut ein beträchtliches Defizit aufweist. Obwohl die Höhe der nicht entrichteten Beiträge relativ konstant geblieben ist, ist bei den Zahlungseingängen eine weitere Verschlechterung eingetreten, da ehemals pünktliche Zahler ihre Zahlungen immer weiter hinausschieben. Infolgedessen stehen weniger Barmittel zur Verfügung, und die Höhe der Verbindlichkeiten übersteigt den Kassenbestand. Da die friedensichernden Tätigkeiten rückläufig sind, wird es zunehmend fraglich, ob in Zukunft liquide Mittel aus dem Friedenssicherungshaushalt zur Deckung des Liquiditätsdefizits im ordentlichen Haushalt zur Verfügung stehen werden. Somit wird die Liquiditätslage der Organisation ständig schwächer.

Rechtsangelegenheiten

202. Der Bereich Rechtsangelegenheiten fungiert auch weiterhin als einheitliche, zentrale Stelle zur Erbringung juristischer Dienstleistungen für den Generalsekretär, das Sekretariat und die anderen Hauptorgane der Vereinten Nationen sowie die Mitgliedstaaten. Der Bereich erbrachte Rechtsforschungsdienste für eine Reihe am Rechtssetzungsprozeß beteiligter Organe, insbesondere für die

beiden Kommissionen, denen er als Sekretariat dient: die Völkerrechtskommission und die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht. Außerdem gewährte er auf den Tagungen einer Vielzahl rechtsetzender Organe und Konferenzen juristischen Beistand.

203. Der Bereich Rechtsangelegenheiten war an der Redaktion mehrerer Rechtsinstrumente beteiligt, so u.a. auch an der Redaktion der Richtlinie für die Ausarbeitung von Einsatzrichtlinien der Vereinten Nationen für Angehörige von Streitkräften und der Verhaltenskodizes für Bedienstete und sonstiges Personal der Vereinten Nationen. Darüber hinaus wirkte der Bereich beratend an der Redaktion mehrerer Übereinkünfte und internationaler Rechtsakte mit, einschließlich des Übereinkommens von Ottawa über das Verbot von Antipersonenminen und des Kioto-Protokolls zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen.

204. Der Bereich Rechtsangelegenheiten beriet auch Staaten in der Phase nach dem Rechtsetzungsprozeß; so war er ihnen dabei behilflich, die Bestimmungen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen anzuwenden und weitere mit diesem Übereinkommen vereinbare völkerrechtliche Übereinkünfte auszuhandeln.

205. Der Bereich gewährte Hilfe bei der Ausarbeitung und Redaktion internationaler Übereinkünfte zwischen den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen und Institutionen – beispielsweise eines Abkommens über die Beziehungen mit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen und des Entwurfs eines Abkommens über die Zusammenarbeit mit dem Vorläufigen Sekretariat der Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Kernversuchen. Außerdem war er beim Abschluß von Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen zwischen den Vereinten Nationen und Gaststaaten behilflich.

206. Ein weiteres bedeutendes Tätigkeitsfeld des Bereichs Rechtsangelegenheiten war die Aushandlung von Verträgen, Mietvereinbarungen und anderen Rechtsgeschäften privatrechtlicher Natur, an denen die Vereinten Nationen beteiligt sind. Der Bereich übernahm zudem eine ausschlaggebende Rolle bei der Konzipierung wichtiger Reformen des Beschaffungswesens der Vereinten Nationen und entwickelte ein System der beschränkten Haftung im Hinblick auf die Regelung von Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit Friedenssicherungseinsätzen. Er handelte im Namen der Organisation bei der Regelung von Forderungen, die entweder von den Vereinten Nationen oder gegen sie geltend gemacht wurden, insbesondere von Handelsforderungen im Zusammenhang mit Friedenssicherungseinsätzen.

207. Der Bereich Rechtsangelegenheiten vertrat die Organisation vor den beiden internationalen Gerichten. In einem Fall ging es um das Erscheinen des ehemaligen Kommandeurs der Hilfsmmission der Vereinten Nationen für Ruanda vor dem Internationalen Gericht für Ruanda. Ein anderer Fall betraf Ersuchen um den Zugang zu

Schriftstücken der Vereinten Nationen, die im Laufe von Verfahren vor dem Internationalen Gericht für das ehemalige Jugoslawien gestellt wurden.

208. Durch seine Beratung war der Bereich Organen und Gremien der Vereinten Nationen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf dem Gebiet der Beilegung internationaler Streitigkeiten behilflich. Beispielsweise gewährte er der Sachverständigengruppe rechtlichen Beistand, die ich damit beauftragt hatte, das schottische Rechtssystem zu untersuchen, um eine Lösung für die nach wie vor bestehenden Probleme im Zusammenhang mit der Tragödie von Lockerbie auszuarbeiten. Auch Organe außerhalb des Systems der Vereinten Nationen, wie beispielsweise der Internationale Seegerichtshof, erhielten Unterstützung.

209. Um zu gewährleisten, daß sich die Tätigkeiten der Organisation innerhalb ihres ordnungsgemäßen rechtlichen Rahmens vollzogen, arbeitete der Bereich Rechtsinstrumente aus, so zum Beispiel den Entwurf eines Bulletins des Generalsekretärs über die für VN-Truppen in Situationen des bewaffneten Konflikts geltenden Grundsätze und Regeln des humanitären Völkerrechts.

210. Der Bereich begann mit der Durchführung seines neugestalteten Informationsprogramms, das darauf abzielt, das Verständnis des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen zu fördern und so seine kohärente und wirksame Anwendung sicherzustellen. An dem Veröffentlichungsprogramm des Bereichs wurden ebenfalls bedeutende Verbesserungen vorgenommen. Die Produktionsrückstände bei mehreren regelmäßig herausgegebenen Veröffentlichungen wurden beseitigt. Zu den Neuveröffentlichungen gehören eine analytische Einführung in die Arbeit der Völkerrechtskommission, eine Zusammenfassung der Urteile und Gutachten des Internationalen Gerichtshofs und ein vollständiger Index der im *United Nations Juridical Yearbook* (Juristisches Jahrbuch der Vereinten Nationen) erscheinenden Rechtsgutachten. Ferner wurde eine audiovisuelle Bibliothek auf dem Gebiet des Völkerrechts eingerichtet, aus der Regierungen und Bildungseinrichtungen Materialien entleihen können.

211. Im kommenden Jahr beabsichtigt der Bereich Rechtsangelegenheiten, die in letzter Zeit weltweit beträchtlich angestiegene Aktivität zur Reform und Modernisierung des Handelsrechts zu nutzen, um auf die Koordinierung, Harmonisierung und Vereinheitlichung des internationalen Handelsrechts hinzuwirken. Eine weitere unmittelbare Herausforderung ist für ihn die Verbesserung der Verfahren und Praktiken, damit er die wachsende Zahl der Ersuchen um Schriftstücke und sonstige Beweismittel, die aufgrund des rasch zunehmenden Arbeitsanfalls der beiden internationalen Gerichte zu erwarten ist, auf faire und effiziente Weise bewältigen kann.

Projektdienste

212. Das Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste bietet als Dienstleistung die Durchführung und Verwaltung von Projekten an, die von den Organisationen und

Programmen der Vereinten Nationen finanziert werden. Das Büro ist als eine völlig selbstfinanzierte und bedarfs-gesteuerte Organisation konzipiert und funktioniert wie ein Wirtschaftsunternehmen, achtet bei seiner Tätigkeit jedoch voll die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Werte. Es ist heute eine wichtige Stelle für die Auslagerung von Aufgaben innerhalb des Systems der Vereinten Nationen. Die Nachfrage nach seinen Dienstleistungen nimmt beständig zu.

213. 1997 stellte das Büro weltweit Güter und Dienstleistungen im Wert von 463 Millionen Dollar bereit und verwaltete die Auszahlung von Darlehen in Höhe von 151 Millionen Dollar, die der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) an 63 Länder vergab. Das Büro hat in allen seinen Schwerpunktbereichen Projekte des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen durchgeführt oder deren einzelstaatliche Durchführung unterstützt. Die von ihm vertraglich erbrachten Leistungen erstrecken sich auf Programme auf dem Gebiet der Staatsführung und der Armutsminderung, auf Umweltprogramme sowie auf Initiativen auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Wiedereingliederung und des Wiederaufbaus in der Konfliktfolgezeit in 19 Ländern, darunter Afghanistan, Angola, Bosnien und Herzegowina, Haiti, Kambodscha und Somalia.

214. Im Rahmen einer seit 15 Jahren bestehenden Partnerschaft mit dem Programm der Vereinten Nationen für die internationale Drogenbekämpfung ist das Büro für Projektdienste auch weiterhin an der Durchführung eines Großteils der Drogenbekämpfungsprogramme beteiligt. Es werden neue Partnerschaften zwischen dem Büro und anderen Stellen der Vereinten Nationen geschlossen, beispielsweise mit der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, dem Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, der Hauptabteilung Friedenseinsätze, dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte und dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge. Im Auftrag der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten richtete das Büro für Projektdienste mobile Untersuchungsteams und -büros in ganz Guatemala ein, um die Kommission zur historischen Klärung in die Lage zu versetzen, eine Datenbank über Menschenrechtsverletzungen zu erstellen, wie es in den guatemaltekischen Friedensabkommen vereinbart worden war. Die Gruppe Minenräumung des Büros ist bei der Konzipierung und Verwaltung von Minenräumprogrammen behilflich, insbesondere in Irak und Kroatien.

215. Seit drei aufeinanderfolgenden Jahren ist das Büro für Projektdienste mit Erfolg auf der Grundlage des Selbstfinanzierungsprinzips tätig und erwirtschaftet aus den Honoraren für seine Durchführungs- und Überwachungsdienste genügend Einnahmen, um alle Verwaltungskosten zu decken und finanzielle Rücklagen in der vorgeschriebenen Höhe zu halten.

216. Diese Leistung ist das Ergebnis der eigenen Reformanstrengungen des Büros. Zusätzlich zur Einführung einer

an Preis-Leistungs-Gesichtspunkten orientierten Auftragspolitik hat es sich das Büro zur Aufgabe gemacht, mit Hilfe von Dezentralisierungsmaßnahmen die Kosten zu senken und die Qualität seiner Dienstleistungen zu verbessern. Es hat Außenstellen in Kuala Lumpur, Genf und Kopenhagen sowie Zweigbüros in Nairobi und San Salvador eröffnet. 1997 wurde eine neue Außenstelle in Abidjan eingerichtet, die zunächst mit der Betreuung von ländlichen Entwicklungsprojekten in West- und Zentralafrika beauftragt wurde, die aus Darlehen des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung finanziert oder kofinanziert werden.

Rechenschaftspflicht und Aufsicht

217. Im vierten Jahr seines Bestehens leistete das Amt für interne Aufsichtsdienste (AIAD) einen erheblichen Beitrag zu meinem Reformprogramm. Die Aktivitäten des Amtes erstreckten sich auf alle Büros der Vereinten Nationen, von New York über Genf und Nairobi bis Wien, auf die Regionalkommissionen sowie auf viele getrennt verwaltete Fonds und Programme.

218. Im vergangenen Jahr wurde besonderes Gewicht auf die Frage gelegt, wie die Vereinten Nationen Verbesserungen ihrer Operationen und Reforminitiativen überwachen. Neben der Prüfung aller Friedenssicherungseinsätze überprüfte das AIAD die Programmverwaltung des Amtssitzes des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge sowie dessen Feldtätigkeiten in 14 Ländern. Die aus der Liquidation und Abwicklung der Friedenssicherungsmissionen in Haiti, dem ehemaligen Jugoslawien und Liberia gewonnenen Erfahrungen sind inzwischen institutionalisiert, und die Wirksamkeit der Verfahren des Flüchtlingsamtes für die Auswahl und Beaufsichtigung der Durchführungspartner, d. h. der Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen, über die das Flüchtlingsamt jährlich ungefähr 40 Prozent seiner Programmmittel ausgibt, wurde erhöht.

219. Wirtschaftlichkeitsprüfungen sind zu einem außerordentlich wirksamen Aufsichtsmechanismus geworden. So ergab zum Beispiel eine Wirtschaftlichkeitsprüfung des Einstellungsverfahrens im Bereich Personalwesen und -management, daß dieses teuer und langwierig ist (eine Einstellung nimmt im Schnitt die unglaublich lange Zeit von 460 Tagen in Anspruch), daß der Bereich aber bereits den richtigen Weg eingeschlagen hat, um seine Arbeitsabläufe zu straffen. Gleichermaßen kam eine Wirtschaftlichkeitsprüfung des Sicherheitsdienstes am Amtssitz der Vereinten Nationen zu dem Ergebnis, daß dieser wesentlichen Funktion eine relativ niedrige Priorität eingeräumt wird und daß der Sicherheitsdienst weder personell noch finanziell ausreichend ausgestattet ist. Das AIAD empfahl die Zuteilung zusätzlicher Haushaltsmittel, um die physische Sicherheit der Räumlichkeiten der Vereinten Nationen zu verbessern, sowie eine Reihe weiterer Sicherheitsmaßnahmen.

220. Im November 1997 gab das AIAD Leitlinien für die Programmüberwachung und -bewertung heraus, in denen die Elemente der Programmüberwachung und -bewertung festgelegt wurden, die von den jeweiligen Leitern in allen

Hauptabteilungen und Bereichen anzuwenden sind. Es werden Schulungsseminare eingerichtet und sonstige Dienste bereitgestellt, die bei der Umsetzung der Leitlinien helfen sollen; das erste Seminar wurde im Dezember von der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik veranstaltet.

221. Eingehende Evaluierungen des Programms der Vereinten Nationen für die internationale Drogenbekämpfung sowie der Abteilung Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege wurden abgeschlossen. Außerdem wurde die Verwirklichung der Empfehlungen überprüft, die die Generalversammlung vor drei Jahren betreffend die Anlaufphase von Friedenssicherungseinsätzen und das Umweltprogramm verabschiedet hatte. Der Programm- und Koordinierungsausschuß prüfte diese Berichte sowie einen Bericht über die Stärkung der Evaluierungsfunktion in den Hauptabteilungen und Bereichen der Vereinten Nationen und schloß sich allen darin enthaltenen Empfehlungen an. Das Programmmanagement der Abteilung Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege wurde ebenfalls bewertet. Dabei wurde festgestellt, daß das Programm an Zielorientierung verloren hat und den Prioritäten nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Abteilung machte sich die Feststellungen und Empfehlungen des AIAD umgehend zu eigen.

222. Das AIAD erstellte auch den von mir vor kurzem unterbreiteten Bericht über den Programmvollzug der Vereinten Nationen für den Zweijahreszeitraum 1996-1997, der darüber Auskunft gibt, inwieweit die im Programmhaushaltsplan angesetzten Ergebnisse erbracht wurden. Der Bericht zeigt an, welche Programmaktivitäten während des Zweijahreszeitraums verändert wurden und welche neu hinzukamen; gleichzeitig werden die Gründe angegeben, aus denen bestimmte Programmaktivitäten nicht durchgeführt wurden. Trotz der finanziellen Zwänge und des demzufolge hohen durchschnittlichen Anteils unbesetzter Stellen von 13 Prozent wies die Organisation im Hinblick auf die erbrachten Ergebnisse eine weitgehend positive Bilanz aus: 80 Prozent der auftragsgemäßen Tätigkeiten wurden ausgeführt.

223. Eine Anschlußüberprüfung der Maßnahmen, die die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze auf Empfehlungen hin ergriff, die in einem vom AIAD im August 1995 unterbreiteten Bericht an die Generalversammlung enthalten waren, ergab, daß die Abteilung Verwaltung und Logistik der Feldeinsätze angemessene Abhilfemaßnahmen getroffen hatte, um den vom AIAD aufgeworfenen Bedenken Rechnung zu tragen.

224. Im Zuge seiner Maßnahmen zur Steigerung der Rechenschaftspflicht spielte das AIAD auch eine maßgebliche Rolle dabei, mehrere Fälle von Betrug der Vereinten Nationen vor Gericht zu bringen. In einem der Fälle ging es um einen VN-Bediensteten in leitender Stellung und eine Summe von etwa 600.000 Dollar; an anderen Fällen waren externe Auftragnehmer beteiligt.

225. Auch im kommenden Jahr wird mich das AIAD wieder bei der Reform und Neugliederung des Sekretariats in New York und wichtiger Dienststellen und Programme

rund um die Welt unterstützen. Der Schwerpunkt wird auf der Neugliederung der VN-Büros in Nairobi sowie auf der Reform der Personaleinstellung und Personalverwaltung und der Bereitstellung gemeinsamer Dienste liegen. Ferner wird eine umfassende Überprüfung des Internationalen Gerichts für das ehemalige Jugo-slawien vorgenommen werden.

226. Kurzum, die wichtige institutionelle Infrastruktur, die es den Vereinten Nationen ermöglicht, ihren Bedarfs-

trägern zu dienen, ist in erheblichem Maße verändert und erneuert worden. Im Bereich der Personalpolitik sind zwar noch einige tiefgreifende Reformen durchzuführen, aber die Vereinten Nationen sind heute eine Organisation, die sich durch größere Kundennähe, Effizienz und größere Rechenschaftspflicht auszeichnet, als noch vor wenigen Jahren.

VII

Schluß

227. Eines der Gründungsziele der Vereinten Nationen war es, die Geißel des Krieges zwischen Staaten zu bekämpfen. Heute, kurz vor Anbruch des neuen Jahr-hunderts, hat die internationale Gemeinschaft dieses Ziel weitgehend erreicht. Obschon also Kriege zwischen Staaten zu einer relativ seltenen Verfehlung geworden sind, bedeutet dies doch keineswegs, daß etwa alle Bedrohungen für die Sicherheit der Menschen ausgeräumt worden wären. Nach wie vor wüten brutale Bürgerkriege, fordert der Terrorismus unschuldige Opfer und ist die Aids-Epidemie tagtäglich ein Beweis dafür, daß es nicht nur Armeen sind, die Grenzen überschreiten und Menschen töten. In manchen Entwicklungsländern scheint die Armut endemisch zu sein.

228. Jüngste Erfahrungen haben gezeigt, daß in dem Streben nach Weltfrieden und internationaler Sicherheit komplementär an zwei Fronten vorgegangen werden muß: an der Sicherheitsfront, wo Sieg Freiheit von Furcht heißt, und an der wirtschaftlichen und sozialen Front, wo Sieg Freiheit von Not bedeutet. Es zeigt sich, daß die Sicherheit der Menschen und eine ausgewogene und bestandfähige Entwicklung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.

229. Im vergangenen Jahr haben wir deutlicher als je zuvor gelernt, daß die Kräfte der Globalisierung einen tiefgreifenden Einfluß auf unsere Fähigkeit haben, diese Ziele zu verfolgen: daß sie außerordentliche Chancen bieten, aber auch schier unüberwindliche Herausforderungen schaffen. Die Globalisierung hat zu einem beispiellosen Anstieg des Wohlstands geführt. Die marktfreundlichen Entwicklungsstrategien, die das sogenannte asiatische Wirtschaftswunder bewirkt haben, befreiten Hunderte Millionen Menschen in weniger als drei Jahrzehnten von der Armut. Dieselben Marktkräfte schossen im letzten Jahr weit über die benötigte "Korrektur" des Marktes hinaus. Die Folgen waren ernüchternd: absoluter Rückgang des Bruttosozialprodukts, Anstieg der Armut, Hunger, Menschenrechtsverletzungen und mit Gewalt verbundene soziale Unruhen.

230. Die Globalisierung mißt einer guten Staatsführung einen hohen Stellenwert bei und kann mit dazu beitragen, daß repressiven Regimen die wirtschaftliche Macht entzogen wird, während sie gleichzeitig den sozialen Raum für das Aufkommen einer blühenden Mittelklasse und einer robusten Bürgergesellschaft schafft. Andererseits bewirkt sie jedoch, daß die Regierungen in geringerem Maße in der Lage sind, Politikinstrumente ohne Rücksicht auf externe Faktoren einzusetzen; und sie kann sie demzufolge in ihrer Fähigkeit einschränken, denjenigen zu Hilfe zu kommen, die ihrer im In- und Ausland am meisten bedürfen.

231. Die globalen Märkte handeln nicht nur mit Wirtschaftsgütern, sondern auch mit sozialen Übeln, unter denen der unerlaubte Waffenhandel, einschließlich des Handels mit Bestandteilen von Massenvernichtungs-

waffen, die Mittel zur Umgehung von Sanktionen, der rasch zunehmende Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und die Vielzahl der Herausforderungen im Umweltbereich zu nennen wären.

232. Die Globalisierung verstärkt nicht nur die einenden wirtschaftlichen und sozialen Bande, sondern kann durch die Zerstörung bestehender kultureller Identitäten auch die trennenden Unterschiede verschärfen.

233. Daß die Globalisierung diese komplexen und potentiell unberechenbaren Folgen hat, sollte nicht überraschen. Märkte sind nichts anderes als Instrumente zur effizienten Ressourcenzuweisung. Um die vorteilhaften Wirkungen der Marktkräfte zu maximieren und gleichzeitig ihre negativen Folgen zu minimieren, war es schon immer notwendig, ihnen die wirksame Ausübung staatlicher Gewalt gegenüberzustellen, d.h. den von den Märkten benötigten politischen und rechtlichen Rahmen vorzugeben und Maßnahmen zur Sicherung gegen die schädlichen Auswirkungen zu ergreifen, die sie hervorrufen können. Während die Märkte zu globalen Märkten geworden sind, agieren die Regierungen hingegen nach wie vor lokal, so daß sich zwischen dem, was sie jeweils bewirken können, in zentralen Punkten eine immer größere Kluft auftut. Den multilateralen Institutionen kommt bei der Überwindung dieser Kluft eine entscheidende Rolle zu. Nur universelle Organisationen wie die Vereinten Nationen verfügen über die Reichweite und die Legitimität, die es ihnen gestatten, diejenigen Grundsätze, Normen und Regeln aufzustellen, die unerläßlich sind, wenn die Globalisierung jedem einzelnen zugute kommen soll.

234. Bei der vor uns liegenden Aufgabe geht es somit nicht darum, zu versuchen, die Globalisierung rückgängig zu machen – was in jedem Fall aussichtslos wäre. Es geht vielmehr darum, ihre positiven Möglichkeiten zu nutzen, gleichzeitig aber auch ihre nachteiligen Auswirkungen in den Griff zu bekommen. Die Stärkung der multilateralen Institutionen kann zur Bewältigung dieser Aufgaben beitragen.

235. Wenngleich die Globalisierung neben ihrem Nutzen auch Kosten mit sich bringt, ist ein Abseitsstehen von der Weltwirtschaft noch viel problematischer. Nirgends findet sich diese Grundwahrheit deutlicher bestätigt als in Afrika. Ein Teufelskreis aus verkehrten Grundsatzmaßnahmen, ausbeuterischen Politiken, Naturkatastrophen, gewalttätigen Konflikten und der Vernachlässigung durch die entwickelten Länder hat weite Teile des Kontinents von der allgemeinen Teilhabe an der globalen Entwicklung ausgeschlossen. In dem Bericht, den ich dem Sicherheitsrat im April unterbreitet habe, bin ich auf die Konfliktursachen sowie darauf eingegangen, wie in Afrika Frieden und eine bestandfähige Entwicklung herbei-

geführt werden können. Dabei habe ich ein Aktionsprogramm nicht nur für Afrika, sondern auch für die internationale Gemeinschaft aufgestellt. In den letzten sechs Monaten hat sich die Lage, insbesondere in Zentralafrika, sichtlich verschlechtert. Es gab zu viele Fehlstarts, zu viele Zusicherungen einer korruptionsfreien Herrschaft, die regelmäßig nicht eingehalten wurden, zu viele gebrochene Versprechen, den Übergang zur Demokratie herbeiführen zu wollen. Alle politischen Führer Afrikas müssen ihren Auftrag erfüllen und ihrem Volk dienen, und die internationale Gemeinschaft muß das Ihre tun, damit Afrika mit seinem Streben nach Frieden und größerem Wohlstand endlich Erfolg hat.

236. An der Schwelle des neuen Jahrhunderts müssen wir das Reformprogramm weiterführen, das ich im letzten

Jahr eingeleitet habe, und müssen die Mitgliedstaaten mit größerer Entschlossenheit und mehr Nachdruck diejenigen Reformen in Angriff nehmen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Die Reform der institutionellen Einrichtungen der Vereinten Nationen ist nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Neugestaltung ihrer Aufgabenstellungen für die neue Ära. Ich hoffe, daß die Millenniums-Versammlung diese Herausforderung auf ihre Tagesordnung setzen wird. Wir alle brauchen eine lebensstarke und wirksame Organisation der Vereinten Nationen – dieses unverzichtbare Instrument zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele, diesen einzigartigen Ausdruck unseres gemeinsamen Menschseins.

